Nr. 8. 34. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,90 Mark pro Monat, eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz. Nr. 151 90—151 97.

Dienstag, den 9. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz. Nr. 151 90—151 97.

Bei Riga Kampf – Focsani genommen

Russenangriffe westlich Riga-Mitau. — Vordringen zwischen Putna und Oitoztal. — Sieg bei Odobesti. — Die russische Stellung bei Milcovu erstürmt, bei Focsani-Jarestea durchbrochen. — Focsani genommen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 8. Januar 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Yser-Front, im Ypern-Bogen und nördlich der Somme entwickelte sich zeitweise lebhafter Artilleriekampf.

Durch erfolgreiche Luftkämpfe und das Feuer unserer Abwehrkanonen büßte der Feind sechs Flugzeuge ein.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Westlich der Straße Riga—Mitau griff der Russe gestern erneut mit starken Kräften in breiter Front an.

Am Aa-Fluß gelang es ihm, den am 5. 1. errungenen Geländegewinn ein Stück zu erweitern. An allen übrigen Stellen wurde er blutig abgewiesen.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Trotz Schneesturms und empfindlicher Kälte drängten wir den Feind zwischen Putna- und Oitoz-Tal erneut zurück.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Der 7. Januar brachte der 9. Armee, im besonderen den siegreichen deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen der Generale Krafft von Delmensingen und von Morgen einen neuen großen Erfolg.

Sie warfen den Rumänen und Russen aus dem stark befestigten Gebirgsstock des Mgr. Odobesti auf die Putna zurück.

Weiter südlich ist die schon im Oktober ausgebaute, jetzt zäh verteidigte Milcovu-Stellung im Sturm genommen.

Im scharfen Nachstoß wurde dem Gegner nicht die Zeit gelassen, sich in seiner zweiten Linie am Kanal zwischen Focsani und Jarestea zu setzen. Auch diese Stellung wurde durchbrochen und im weiteren Nachdrängen die Straße Focsani—Bolotesti überschritten.

Heute früh wurde Focsani genommen!

Aus den erkämpften Befestigungen sind 3910 Gefangene, drei Geschütze und mehrere Maschinengewehre eingebracht.

Mazedonische Front.

Zwischen Ochrida- und Prespa-See blieb der Vorstoß einer starken feindlichen Aufklärungsabteilung erfolglos.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 8. Januar 1917. Abends.

Bei Riga heftiger Artilleriekampf.

Der bei Focsani geschlagene Russe wird verfolgt.

Der österreichische Bericht.

Wien, 8. Januar 1917. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Der Feind ist gestern bei Focsani erneut geschlagen worden. Während deutsche Regimenter südlich und südwestlich der Stadt die feindlichen Linien durchbrachen, stürmten die Truppen des Feldmarschalleutnants Ludwig Goiginger im Raum von Odobesci zwei hintereinander liegende feindliche Stellungen; gleichzeitig wurde der Feind auch im Bergland des Mgr. Odobesci geworfen. Die Russen wichen auf ganzer Front, Focsani ist seit heute 8 Uhr vormittags in der Hand der Verbündeten. Es wurden 3910 Mann gefangen und drei Geschütze erbeutet.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Joseph.

In den Tälern der Putna und Susita erkämpften wir neuerlich feindlichen Boden. Auch am oberen Casinu wurden Fortschritte erzielt, die uns der Feind vergeblich durch Gegenstöße zu entreißen versuchte.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei unseren Streitkräften nichts zu melden.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Selbstzerfleischung oder —?

Auf der Reichskonferenz der Parteiminderheit, deren offiziellen Bericht wir an anderer Stelle veröffentlichen, hat Dittmann vor „Selbstzerfleischung" gewarnt. Aber er meinte damit nur die Selbstzerfleischung innerhalb der Opposition. Diese zählt, wie aus dem offiziellen Bericht zu ersehen ist, nicht weniger als drei Gruppen: die Arbeitsgemeinschaft, die Spartakusgruppe und die Gruppe der Internationale. Die Spartakusgruppe erklärt die Arbeitsgemeinschaftler für „verschwommene Gestalten", die „Internationale" findet hinwiederum Spartakus unlogisch. Geraten nun diese drei Gruppen einander allzuheftig in die Haare, so kann dadurch der „gemeinsame Kampf" gestört werden. Gegen wen richtet sich dieser Kampf? Gegen die Parteimehrheit, gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, gegen den Parteivorstand und gegen das Zentralorgan der Partei! Also: Einigkeit im Interesse der Uneinigkeit! Keine Selbstzerfleischung der Opposition, damit die Selbstzerfleischung der Arbeiterbewegung desto nachdrücklicher betrieben werden könne!

In seinem Schlußwort hat Dittmann seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß es auf der Konferenz zu keiner Spaltung zwischen den drei Gruppen gekommen sei. Man könnte danach annehmen, daß die Konferenz als einheitlicher Körper aufgetreten sei und für alle bindende Beschlüsse gefaßt habe. Das war aber keineswegs der Fall. Vielmehr erklärte die Spartakusgruppe von vornherein, daß sie sich durch Beschlüsse nicht binden lasse. Es wiederholt sich also der Vorgang, der sich ähnlich in der Reichstagsfraktion und auf der letzten Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie abgespielt hat, nur daß es dort die Minderheit war, die auf die Beschlüsse der Mehrheit pfiff, während es jetzt die Minderheit in der Minderheit ist, die auf die Beschlüsse der Minderheit pfeift. Dieses Spiel läßt sich beliebig weiter fortsetzen, und es ist nicht einzusehen, warum es bei den vier Gruppen — die Parteimehrheit als „Gruppe" mitgerechnet — verbleiben soll. Man kann es schließlich auch noch auf vierzehn oder vierzig bringen.

„Jede Gruppe hat hinaus zu gehen und zu wirken im Sinne ihrer Anschauungen", sagt Dittmann. Er unterstreicht damit die Tatsache, daß bindende Beschlüsse nicht gefaßt worden sind, sondern daß „jede Gruppe" machen kann, was sie will.

Die Anschauungen, für die die Spartakusgruppe nach der Aufforderung Dittmanns zu wirken hat, mag man im Bericht nachlesen. Es sind eben die Anschauungen, die von der Arbeitsgemeinschaft als unheilvoll für die Arbeiterbewegung angeblich bekämpft werden. Die Spartakusgruppe wirft offen für die Spaltung der Partei, während die Arbeitsgemeinschaft behauptet, die Einheit zu wollen und immerzu versichert, der Parteivorstand schädige die Einheit (weil er die Spaltung eben bekämpft). Aber nachdem die Spartakusgruppe offen ihr Spaltungsprogramm entrollt hat, sagt Dittmann: „Jede Gruppe hat hinauszugehen, um für ihre Auffassungen zu wirken!"

Mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung der Arbeitsgemeinschaft soll also die Spartakusgruppe für die Spaltung der Arbeiterbewegung wirken, während die Arbeitsgemeinschaft die Schuld an der Spaltung der Parteimehrheit zuschiebt. Ist das nicht ein durch und durch unehrliches Spiel?

Die Spartakusgruppe prophezeit, daß sich die Arbeitsgemeinschaft bald zu ihrem Standpunkt bekehren werde. Daß dies geschähe, wäre im Interesse der Klarheit dringend zu wünschen. Denn bei der Spartakusgruppe weiß man doch wo und wie, während sich die Arbeitsgemeinschaft um alle grundsätzlichen Fragen herumdrückt.

Landesverteidigung oder nicht? Die Spartakusgruppe nimmt in dieser Frage einen klaren Standpunkt ein, während man bei der Arbeitsgemeinschaft immer noch nicht genau weiß, woran man ist. Gilt es, wie in Oschatz-Grimma, Wahlen zu machen, heißt er „Ja!" Kommt es zur entscheidenden Frage der Kreditbewilligung zum Zwecke der Landesverteidigung, so heißt es „Nein!" Aber beileibe nicht nein, weil wir grundsätzliche Gegner der Landesverteidigung sind, sondern weil die Regierung nicht die Politik treibt, die wir für die richtige halten. Als ob man unter den gegenwärtigen Umständen für die Politik, die man für die richtige hält, praktisch etwas erreichen könnte, indem man dem Lande, das gegen eine ungeheure Uebermacht um seine Existenz ringt, die Mittel zu seiner Verteidigung verweigert! Eine solche

Die Versenkung des „Gaulois" und der „Ivernia".

Noch ein weiterer Transportdampfer von Kapitän Steinbauer versenkt.

Berlin, 8. Januar. Amtlich. (W. T. B.) Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Oberleutnant zur See Steinbauer, hat am 27. Dezember im Aegäischen Meer das von Bewachungsstreitkräften gesicherte französische Linienschiff „Gaulois", 11 300 Tonnen, durch Torpedoschuß versenkt. Dasselbe Boot hat im Mittelmeer am 1. Januar den von Zerstörern begleiteten englischen voll beladenen Truppentransportdampfer „Ivernia", 14 278 Tonnen, und am 3. Januar einen bewaffneten tief beladenen Transportdampfer von etwa 6000 Tonnen versenkt.

Der „Vorwärts" „droht" Frankreich!

Der „Vorwärts" hat in Frankreich und im Ausland viele aufmerksame Leser, aber keiner von ihnen dürfte bisher bemerkt haben, daß er eine besonders „drohende" Haltung gegen Frankreich einnimmt. Diese originelle Entdeckung zu machen, ist dem Stockholmer „Socialdemokraten" vorbehalten gewesen. Er zitiert unsere wiederholten Ausführungen über den guten Frieden, den Frankreich bekommen könne, dessen Aussichten aber bei noch längerer Kriegsdauer im Fall einer russisch-deutschen Ververständigung verschlechtert werden könnten, und fügt hinzu:

Damit wird einer unverblümten Drohung Ausdruck gegeben: falls Frankreich jetzt nicht auf den Frieden eingehen will, so werden die Bedingungen in der Zukunft nicht so günstig sein! Dann könnte Rußland den vorteilhaften Frieden erhalten — auf Kosten Frankreichs und Englands.

Nachdem es „Socialdemokraten" so gelungen ist, aus unserem Rat eine Drohung herauszudestillieren, fährt er fort:

Es ist im höchsten Grade unverständlich, daß eine große leitende sozialdemokratische Zeitung, wie der „Vorwärts", nicht ohne weiteres jede einseitige Orientierung nach Osten kategorisch ablehnt, sondern statt dessen diesen Gedankengang, der nur einer imperialistischen Regierung verständlich erscheinen kann, sich gänzlich aneignet. Das ist um so unverständlicher, da der „Vorwärts" im gleichen Artikel mit großer Energie unterstreicht, daß ein dauernder Frieden nur dann erreicht werden kann, wenn die drei kulturell höchst entwickelten Völker Europas: Frankreich, England und Deutschland auf gemeinsamem Boden sich begegnen.

„Socialdemokraten" würde den vermeintlichen Widerspruch nicht gefunden haben, wenn es bedacht hätte, daß zwischen dem Wünschenswerten und dem Tatsächlichen mitunter eine breite Kluft gähnt. Wir glauben zu wissen, daß Frankreich jetzt einen guten Frieden haben könnte, wir halten es für möglich, daß sich die Bedingungen für Frankreich später einmal verschlechtern könnten. Mit unseren Wünschen hat dieses Fürmöglichhalten gar nichts zu tun. Unserem Wunsche entspricht der Abschluß eines für alle Beteiligten annehmbaren Friedens jetzt, und die schwedischen Sozialdemokraten wissen ganz gut, daß die Hindernisse für den Abschluß eines solchen Friedens ganz wo anders liegen.

„Socialdemokraten" meint, der „Vorwärts" habe sich in der Friedensfrage den „Standpunkt der Regierung" zu eigen gemacht. Das hat er nicht getan, er möchte im Gegenteil, daß sich die Regierung in der Friedensfrage den Standpunkt des „Vorwärts" zu eigen mache. Im übrigen: stände die Sozialdemokratie in allen Ländern auf demselben Standpunkt wie in Deutschland und gäbe es zwischen diesem Standpunkt und dem der Regierungen keine schärferen Gegensätze als hier, so wären wir einem Frieden ohne Vernichtungsabsichten, einem Frieden der dauernden Verständigung näher, als wir es leider tatsächlich sind!

Politik, die von vornherein von einem unmöglichen Standpunkt ausgeht, die falsch in ihren Wurzeln ist, kann dem Reich und dem Volke in den schwersten Zeiten, die sie durchleben, nicht Ratgeber sein. Sie verurteilt sich selbst zur Unfruchtbarkeit.

Heute kommt es mehr denn je darauf an, nicht bloß Propaganda zu treiben, sondern wirkliche Arbeit zu verrichten, wirklichen Einfluß auf die öffentliche Meinung und auf die Regierungspolitik anzustreben. Das geschieht nicht — wie Haase dem „Vorwärts" unterstellt —, indem man sich als „Regierungsorgan" gibt, sondern indem man durch Ueberzeugung alle, auch die Regierung, zu zwingen versucht. Das einzige, was bisher faktisch und praktisch auf dem blutgetränkten Boden Europas für den Frieden herausgekommen ist, war das deutsche Friedensangebot. Dieses Angebot wäre unmöglich gewesen, wenn es nicht in Deutschland eine starke Volksbewegung gäbe, die klar und fest auf dem Boden der Landesverteidigung steht und dabei unablässig auf den Frieden hindrängt. Mit Arbeitsgemeinschaftlern und Spartakussen — Kreditverweigerern aus taktischen und prinzipiellen Gründen — konnte dieser Schritt nicht getan werden.

Es ist ja ein sehr einfaches Mittel der Propaganda, von der Regierung Dinge zu verlangen, von denen man genau weiß, daß sie sie nicht machen wird, weil sie sie nicht machen kann, und sie dann so hinzustellen, daß kein Hund mehr einen Bissen Brot von ihr nehmen möchte. Das Geheimnis solcher alter Hausrezepte ist auch uns nicht verloren gegangen, und wir zweifeln nicht daran, daß man durch ihre Anwendung die im Volk vorhandene Mißstimmung erheblich steigern kann. Aber für den Frieden kann man mit ihnen gar nichts erreichen, und darauf kommt es jetzt an. Für den Frieden etwas leisten kann nur eine starke sozialdemokratische Partei, die mit den Notwendigkeiten der Landesverteidigung rechnet und dabei auf alle Möglichkeiten zu einem guten, Deutschlands Dasein und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit erhaltenden Frieden unablässig hindrängt.

Eine solche Sozialdemokratie will aber die Arbeitsgemeinschaft nicht. Ihr, der Mehrheit der Partei, gilt all ihr Haß, alle ihre Wut, gegen sie rafft sie alle Kräfte zusammen, gegen sie marschiert sie Arm in Arm mit der Spartakusgruppe, den eingeschworenen Arbeiterzersplitterern und Parteizerstörern. Sie kennt kein anderes Kampfziel. Selbst der Kampf gegen Regierung, bürgerliche Parteien, Kapitalismus — um von den auswärtigen Feinden gar nicht zu reden — verschwindet gegenüber dem „Klassenkampf gegen den Parteivorstand" und die Parteimehrheit völlig in den Hintergrund. Man kämpft auch gar nicht mehr um Grundsätze, sondern einzig und allein darum, einer bestimmten Personengruppe die Leitung der Partei zu erobern.

Auch ein solcher Kampf um die persönliche Macht innerhalb einer Partei ist an sich erlaubt — wenn er mit erlaubten Mitteln geführt wird, was hier freilich längst nicht mehr der Fall ist — aber man darf nicht glauben, daß er ein erhebliches Stück Weltgeschichte darstellt. Die Welt hat heute andere Nöte und Sorgen als die! Wenn dann vollends dieser Kampf zu einer kunterbunten Katzbalgerei ausartet, in der alles drunter und drüber geht, wenn um Kompetenzfragen gerauft wird, in denen sich nur der Sachverständige des Organisationsstatuts auskennt, und wenn schließlich die Minderheitsgruppen sich selbst wieder untereinander in die Haare geraten (was ihrer verrauften Frisur trotz aller Einigkeitsschwüre anzumerken ist) — — dann, ja dann fällt einem der Basius der von der Mehrheit angenommenen, aber für die Minderheit nicht bindenden Entschließung ein, in dem von „parteizerrüttendem Treiben" die Rede ist.

Die Mehrheit und die auf Grund des Organisationsstatuts rechtmäßig gewählte zentrale Vertretung der Partei haben den Kampf gegen die Atomisierungstendenzen in der deutschen Arbeiterbewegung aufgenommen. Die Notwendigkeit der von ihnen getroffenen Maßregeln leuchtet — trotz aller Entstellungsversuche — für den denkenden Leser aus dem offiziellen Bericht der Minderheitskonferenz deutlich genug hervor. Sie sind überzeugt, die ungeheure Mehrheit der Parteigenossen hinter sich zu haben, wenn sie den Weg nicht beschreiten wollen, der ins große Tohuwabohu führt!

Die römische Tagung.

Die Romfahrt der Ententeländer hat sich schnell erledigt, so schnell, daß es fast schwer fällt anzunehmen, sie habe den Zweck gehabt, gewichtige Differenzen auszutragen. Die „Agenzia Stefani" meldet amtlich über den Ausgang:

Rom, 7. Januar. Die Konferenz der Alliierten wurde nach der zweiten Zusammenkunft am Sonntag nachmittag, die die Arbeiten beendete, geschlossen. Die Alliierten stellten noch einmal ihre Uebereinstimmung hinsichtlich der verschiedenen Punkte der Tagesordnung fest und faßten den Beschluß, immer mehr die Zusammenstimmung ihrer Bemühungen zu verwirklichen.

Ueber das, was geschehen ist, wird strengstes Stillschweigen beobachtet. Die Zensur strich unerbittlich aus den Zeitungen, was sich anschickte, den Zweck der Konferenz ernstlicher aufzuschließen. Es bleibt nichts als der Eindruck, daß die Veranstaltung mit der Lage auf dem Balkan engen Zusammenhang gehabt haben dürfte. Wobei man aber wiederum nicht so weit wird gehen mögen, wie der römische Korrespondent des „Corriera della Sera", der nach einem Berner Telegramm so kühn war zu schreiben:

Die starke Beteiligung der Persönlichkeiten, die politisch oder militärisch für die Orientaktion verantwortlich sind, lasse mit Sicherheit darauf schließen, daß die Vertreter der Entente dieses verwickelte diplomatisch-militärische Problem mit dem nötigen Nachdruck behandeln werden und beabsichtigen, das Balkanproblem in allen seinen Zusammenhängen und Beziehungen kriegerischer und politischer Art sowie hinsichtlich der Verpflegung endgültig zu lösen.

Daß auf alle Fälle versucht werden wird, die römische Tagung als große Aktion vorzudrängen, darauf hat man sich nach den Proben dieser Tage gefaßt zu machen. Eine neue Probe gibt heute folgende Nachricht:

Bern, 8. Januar. Wie Mailänder Blätter aus Rom melden, fanden drei verschiedene Vollsitzungen nacheinander unter Vorsitz von Boselli, Briand und Lloyd George statt. Man glaubt, daß auch das Verkehrsproblem sowie die Kohlen- und Getreidefrage, besonders mit Hinsicht auf Italien, besprochen wurden. Lloyd George, Briand und Sarrail sind Sonntag abend abgereist.

Für Probleme, die man in anderhalb Jahren nicht lösen konnte, soll gewissermaßen jetzt eine Zweitagefrist zur Erledigung genügen, und jetzt macht sich die Ententejournalistik an das altbekannte Problem, ihrerseits darzutun, wie aus Mücken Elefanten zu erzeugen sind.

Welche Frage die Entente peinigt und natürlich besonders Italien beunruhigt, verrät sich neuerdings wieder in folgenden Meldungen:

Bern, 8. Januar. Unter der Ueberschrift „Saloniki und Valona" wendet „Idea Nazionale" sich offen gegen die von der „Daily Mail" ausgesprochene Forderung, alle Truppenbestände ohne weiteres von Saloniki zurückzuziehen. Die Aufgabe dieses Stützpunktes würde die Preisgabe jeglichen konkreten Einflusses der Entente auf dem Balkan bedeuten,

während die Aufgabe Valonas der Vernichtung des für Italien günstigen Gleichgewichts an der Adria gleichkommen würde. Während also eine gänzliche Aufgabe aus diesem Grunde berechtigte Bestürzung hervorrufen könnte, würde eine Einschränkung der Ententeoperationen auf beiden Angelpunkten des Balkans, wenigstens unter der augenblicklichen Sachlage, nur als ein Versuch zur Verwertung zurzeit passiver Kräfte erscheinen.

Bern, 7. Januar. „Temps" verlangt in seinem heutigen Leitartikel, dessen zweite Hälfte vollständig von der Zensur gestrichen ist, energisches Handeln gegenüber Griechenland und schreibt, da zu befürchten stehe, daß griechische Truppen die Verbindungen Sarrails bedrohen würden, habe die Orientarmee Verstärkungen sowohl zur Verdichtung der Front als zum Schutz der linken Flanke und Basis selbst nötig. Es sei gleichgültig, wo man Verstärkungen wegnehmen werde; auf jeden Fall müßten sie sofort abgesandt werden. Neben dieser dringenden Notwendigkeit müßten aber die Venizelisten in Griechenland gegen andauernde Verfolgungen geschützt und Genugtuung für die ersten Dezembertage geschafft werden.

Das alles klingt keineswegs nach großer Festigkeit der Sache. Aber nun hallt es in dem Drum und Dran der römischen Tagung von neuer Zuversicht. „Giornale d'Italia" veröffentlicht eine Unterredung mit Briand, der erklärte, „er bewahre sein Zutrauen und trage in sich die Sicherheit, daß sich die Entente auf dem Wege zu dem schönsten und tröstlichsten Ergebnis befinde. Briand fügte hinzu: Ich weiß, daß Italien nicht nachgibt und daß es fest dazu entschlossen ist. Meine Freude, nach Italien gekommen zu sein, ist sehr groß und mein Vertrauen auf unser gemeinsames Glück unerschütterlich."

Das Wort „Glück" wiederholt sich auffallend oft in den Nachrichten, die mit der Konferenz zusammenhängen. Man werde sehen, sagt „Giornale d'Italia" von den Beschlüssen, „wie glücklich sie seien, wenn sie zur Ausführung gelangten". Sind solche Redensarten nicht Bemühungen der Wortführer der Entente, die Völker ihrer Länder mit geheimnisvollen Vorspiegelungen hinwegzuführen über eine Zeit des großen Hoffens auf Frieden, wie wir sie eben erlebt haben, des Friedens, der einzig ihr Glück wäre?

Wilsons Friedensnote.

Im Haag anders als in Madrid mitgeteilt.

Haag, 8. Januar. Dem Korrespondenzbureau wird auf seine Nachfrage vom Ministerium des Aeußern geantwortet, daß der Text der Friedensnote Wilsons an die Kriegführenden im Haag nicht, wie es in Madrid geschehen zu sein scheine, mit dem Ersuchen um Unterstützung dem Minister des Aeußern mitgeteilt, sondern einfach durch den amerikanischen Gesandten dem Minister Loudon ohne irgend ein Ersuchen um Unterstützung ausgehändigt worden sei.

Der „Friedensvorschlag" des Ministers Barnes.

London, 7. Januar. Reuter meldet: Der Minister für Pensionen Barnes (Arbeiterpartei) sagte in einer Rede in Southwark: Alle wünschen den Frieden. Aber der beste Weg, den Frieden zu erlangen, ist der, den Frieden aus den Gemütern zu verbannen, bis die Ziele erreicht sind, die geeignet sind, ihn zu sichern. Der deutsche Friedensvorschlag war kein wirklicher Friedensvorschlag. Er sprach immer noch im Tone eines Eroberers und in der Laune eines Mörders. Wir können über unsere Friedensbedingungen keine Bedingungen mit einem wilden Tiere eingehen. Wilson darf versichert sein, daß wir nicht Krieg führen, um Deutschland zu zerschmettern, sondern nur, um die militärische Macht zu zerschmettern, den militärischen Uebermut, nicht nur in Deutschland, sondern überall, und daß, bevor wir in Verhandlungen eintreten, Deutschland Belgien und die von ihm besetzten Gebiete der anderen kleinen Völker geräumt haben muß. Es muß einwilligen, für das ihnen angetane Unrecht Wiedergutmachung zu gewähren und einen Friedensvertrag zu unterschreiben, der sich auf die internationale moralische Stärke der ganzen Welt stützt.

•

Der Arbeiterparteiler Barnes spricht immer noch im Ton und in der Verblendung eines Gewerkschaftlers von jenem Trade Union-Kongreß, der sich vor anderthalb Jahren unter wüsten Angriffsreden gegen Deutschland bereit fand, eine begeisterte Kriegsresolution anzunehmen und mit Lloyd George fortan durch dick und dünn zu waten. Lloyd George bearbeitete damals die Gewerkschaftler mit zündender Geriebenheit in einer Ansprache, deren Kern darin bestand, das, was die deutschen Arbeiter für die Kriegführung ihres Landes leisteten, den englischen Arbeitern als Muster vorzuhalten. In der Betätigung des Friedenswillens sollen aber nun die deutschen Arbeiter nicht mehr Muster sein. Da scheuen die Herrschaften zurück, als ob sie ein rotes Tuch sähen, und der Minister Barnes nennt Deutschland sogar ein wildes Tier. Darüber wird sein Herr und Meister Lloyd George mit ihm zufrieden sein: Leute, die so wie Barnes in dem Jargon von vorgestern erstarrt sind, kann er zurzeit, wo sich's nur um die Propagierung des Schlagworts vom Zerschmettern handelt, gerade brauchen. Für Friedenszwecke, die ein Bauen besorgen wollen, möchten sie minder nützlich sein. Vor Barnes' Friedensvorschläge dürften sich jedoch viele englische Arbeiter bekreuzen.

•

Eine Friedenskandidatur in England.

Aus Amsterdam schreibt man uns:

Zu einer interessanten Nachwahl wird es im Bezirk Rossendale in Lancashire kommen. Der Bezirk ist alter liberaler Besitz. Dreizehn Jahre war er von Harcourt vertreten. Die liberale Partei hat jetzt Sir Henry Maden aufgestellt. Ihm wird ein Sozialist entgegentreten, der vom Verband gegen den Dienstzwang, der Partei des „Friedens durch Unterhandlungen" und von den Gewerkschaften unterstützt werden wird. Der Sekretär des Schuhmacherverbandes, der zweitstärksten Gewerkschaft des Bezirks, Genosse Taylor, wird die Wahlkampagne leiten. Taylor ist „Dienstverweigerer aus Gewissensgründen.

Hendersons Kriegs- und Friedensziel.

Amsterdam, 8. Januar. Wie dem „Algemeen Handelsblad" aus London berichtet wird, erklärte Minister Henderson in seiner Unterredung mit dem Londoner Korrespondenten der „New York Tribune" auf die Frage, ob die Arbeiterpartei den Krieg fortzusetzen wünsche, oder ob sie sich mit einem durch Unterhandlungen zustande gebrachten Frieden begnügen würde, folgendes:

Die Arbeiterpartei wird sich mit einem Frieden begnügen, der der Existenz einer großen, nicht durch moralische Erwägungen geleiteten Militärmacht ein Ende macht, wenn das durch Unterhandlungen gesichert werden kann. Die sichersten Bürgschaften für die Aenderung des deutschen Charakters sind Friedensbedingungen, die einerseits nicht von Rache eingegeben sein dürfen, andererseits aber auch deutlich machen müssen, daß Deutschland besiegt worden ist, und zwar so, daß es selbst für deutsche Geschichtsschreiber unmöglich sein wird, zu behaupten, daß Deutschland am Anfang des 20. Jahrhunderts seiner Militärkaste zu Dank verpflichtet worden sei. Wir können nicht dulden, daß ein so starkes und einen so wichtigen Platz einnehmendes Heer, wie es Deutschland, Oesterreich-Ungarn, die Türkei und Bulgarien aufstellen können, tatsächlich unter Deutschlands Kontrolle steht, auch mit Rücksicht auf das internationale Streben nach einer friedlichen Zukunft nicht. Diese Be-

strebungen würden dann nicht verwirklicht werden, und die eine oder andere Großmacht würde sich dann vielleicht weigern, einem Friedensverbande, wie er vorgeschlagen worden ist, beizutreten oder sich seinem Beschluß zu fügen.

Die Moskauer Unruhen.

Noch immer dauert die Sperre, die uns hindert, die Vorgänge, die sich um die Jahreswende in Rußland zutrugen, klarer zu sehen. Nur vereinzelt sickern Botschaften durch. Gestern wurde von der russischen Grenze der „National-Zeitung" mitgeteilt:

Wie nunmehr feststeht, wurden bisher in Moskau 625 Personen unter dem Verdacht der Teilnahme an den Straßenunruhen verhaftet. Täglich finden neue Verhaftungen statt. In vielen öffentlichen Lokalen fanden Haussuchungen statt. Aus Anlaß der **Zwei-Tage-Unruhen** wurden insgesamt 88 Lokale geschlossen, in denen geheime Versammlungen stattgefunden haben sollen. „Rußkija Wjedomosti" erhielt eine Strafe von 3000 Rubel, weil es einen kurzen Bericht über einen mit dem Aufruhr in Verbindung stehenden Vorfall unter Umgehung der Zensur gebracht hatte. Minister des Innern Prokopopow traf in Moskau ein und ließ sich einen eingehenden mündlichen Bericht über die Geschehnisse unterbreiten. Es ist wahrscheinlich, daß die Vorkommnisse in Moskau der Regierung eine neue vorzügliche Handhabe gegen die gesellschaftlichen Komitees bieten werden. Es ist wahrscheinlich, daß die Vorkommnisse in Moskau nach dem Wiederzusammentritt der Duma eingehend erörtert werden. Die Polizei verbot eine geschlossene Versammlung, in der der Dumaabgeordnete Rovikow seinen Wählern einen Vortrag über die letzte Dumasession halten wollte. Da sich Rovikow weigerte, sich diesem Verbot zu fügen, kam es zu neuen Zusammenstößen zwischen Polizei und Versammlungsteilnehmern. Rovikow reichte eine telegraphische Beschwerde an die Regierung ein.

Die Stimmung in Moskau ist ganz außerordentlich gedrückt. Moskau war infolge Sperre des Eisenbahn- und Briefbestellverkehrs sowie der telegraphischen und telephonischen Verbindungen drei Tage von der ganzen Außenwelt abgeschlossen.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 7. Januar. Generalstabsbericht vom 7. Januar. Mazedonische Front: Nordöstlich vom Dojran-See versuchten zwei englische Bataillone, von Artillerie unterstützt, gegen unsere Wachabteilungen vorzugehen, wurden aber durch unser Feuer vertrieben. Im allgemeinen auf der ganzen Front schwaches Artilleriefeuer.

Rumänische Front: In der Walachei erreichten unsere Truppen den Unterlauf des Sereth.

•

Amtlicher französischer Orient-Bericht. Seit dem 30. Dezember hat sich kein wichtiges Ereignis an der Front der Orientarmee zugetragen, wo das schlechte Wetter die Operationen fast überall behinderte. Der Artilleriekampf ging besonders lebhaft in den Gegenden von Gewgheli, Ljumnica, Monastir, Maciag und an der Cerna in Richtung Rapo weiter. Zu melden ist ein bulgarischer Angriffsversuch auf Lescovo und ein glückliches Unternehmen der englischen Truppen bei Klupri an der Eisenbahn von Seres nach Demir Hissar. Die englische Flotte beschoß Akrwila und Semuntolos nördlich von Lxfana.

•

Der russische Heeresbericht vom 6. Januar meldet von der rumänischen Front: In der Gegend von Dziniarz, nördlich von Zolotring, griffen unsere Aufklärer eine halbe Kompagnie mit dem Bajonett an, machten einen Teil der Oesterreicher nieder und nahmen die übrigen gefangen. Eine deutsche Kompagnie, die unseren Gräben nördlich von Kotumba sich zu nähern versuchte, wurde umzingelt. Ein Teil der Deutschen wurde mit dem Bajonett niedergemacht, die anderen gefangen genommen. Südlich von Kotumba zwang der Feind durch wiederholte Angriffe die Unsrigen, eine der Anhöhen aufzugeben und zwei Werst nach Osten zurückzugehen. Der Kampf um die Anhöhe im Norden des Bizu-Tales endete damit, daß unsere Gegenangriffe den Feind in seine Gräben zurückwarfen, wobei er schwere Verluste erlitt. Feindliche Angriffe südlich von den Höhen zwischen den Tälern der Slanic und des Oitoz wurden abgeschlagen; wir besetzten die Anhöhen südlich vom Ojtozfluß.

Ein an Zahl überlegener Feind griff die Rumänen am Oberlaufe der Susita an und drängte sie nach Rocoja zurück. Auch in der Gegend von Kaprario, 12 Werst südöstlich vom Zusammenfluß der Putna und der Zabala, gelang es den Gegnern, die Rumänen zurückzudrängen. Der Feind vereinigte das Feuer seiner schweren Artillerie südlich von Rymniceni am Unterlauf des Rymnic und ergriff unter dem Schutze seines Feuers die Offensive an der Front Rymniceni—Gulianka, Cheovent—Marinoni und drängte unsere Vorhuten, nachdem sie erbitterten Widerstand geleistet hatten, 4 Werst weit nach Osten zurück. Am Abend zeigte sich eine feindliche Offensive längs der Straße Gulianka—Oloneaska, die aber durch Feuer aufgehalten wurde. Am 4. Januar räumten wir Braila, indem wir uns über den Sereth zurückzogen.

Der türkische Kriegsbericht.

Konstantinopel, 7. Januar. Amtlicher Bericht. An der Irakfront beiderseitiges Artillerie- und Infanteriefeuer. An der Kaukasusfront bloß Scharmützel. An den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

Der stellvertretende Oberbefehlshaber.

•

Der russische Kriegsbericht vom 6. Januar meldet: Im Kaukasus dauert der Schneesturm an den verschiedenen Teilen der Front an. Am Urmia-See hat ein heftiger Sturm alle Verbindungen für drei Tage abgeschnitten. Am 8. Januar morgens bemächtigten sich die Unsern der Stadt Bidjar. Die Türken zogen sich zurück und bezogen an den steilen Abhängen südlich von Bidjar beiderseits der Straße nach Senne eine feste Stellung.

Die Kämpfe in Ostafrika.

London, 7. Januar. Amtlicher Bericht aus Ostafrika.

In Verfolgung des Feindes, der sich nach dem Rufidschital zurückzog, besetzten wir am 4. Januar das deutsche Lager am Tschogowali-Fluß und erreichten am Morgen des 5. Januar Kibambawe auf dem Nordufer des Rufidschi, während der Feind das Südufer hielt. Während der ganzen am 1. Januar im Mgeta-Tal begonnenen Unternehmungen ist der Feind scharf angefaßt worden. Unsere in Mkalinso stehende Streitmacht griff kleine feindliche Abteilungen, die sich ihren Posten näherten, an, machte Gefangene und erbeutete beträchtliche Vorräte.

Im westlichen Abschnitt wurde eine feindliche Abteilung, die sich nach Osten von Lupembe aus gegen Mahenge zurückzog, durch unsere verfolgenden Streitkräfte östlich von Mfirika in einen Kampf verwickelt.

Der Seekrieg.

Versenkt. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) **Die drahtlosen Stationen in Bilbao, Ferrol und Coruna erhielten Funkentelegramme vom französischen Postdampfer „Ville de Havre" (5000 Tonnen), worin der Dampfer um Hilfe bittet, da er von einem deutschen U-Boot beschossen werde. Die Hilferufe hielten zwei bis drei Stunden an. Ein holländischer Dampfer fuhr zur Hilfe.**

London, 7. Januar. Wie Lloyds meldet, wurde der dänische Dampfer „Ebro" versenkt; die Besatzung ist gerettet. Man glaubt, daß der dänische Dampfer „Viking" versenkt worden ist. Des weiteren meldet Lloyds die Versenkung des britischen Dampfers „Allié". — Laut „Temps" wurden vor La Rochelle vier, und an anderen Punkten der französischen Küste fünf Fischdampfer versenkt.

„Berlingske Tidende" (Kopenhagen) meldet, daß der dänische Dampfer „Naesborg (1547 Brutto-Reg.-To.), wahrscheinlich im Kanal, versenkt wurde. Der Dampfer befand sich mit einer Kohlenladung auf der Fahrt von Sunderland nach Bayonne, einer der gewöhnlichen Pflichtreisen, die die englische Regierung von neutralen Dampfern verlangt. Die 18 Mann Besatzung der „Naesborg" wurden wohlbehalten in Brest gelandet. — Lloyds meldet ferner: Der Schoner „Brenda" wurde von einem feindlichen Unterseeboot versenkt, die Besatzung wurde gelandet. Man glaubt, daß der norwegische Dampfer „Laupar" versenkt wurde.

Kleine Kriegsnachrichten.

Der provisorische Staatsrat des Königreichs Polen tritt, wie die „Deutsche Warschauer Zeitung" meldet, sicherem Vernehmen nach in den nächsten Tagen zusammen.

Politische Uebersicht.

Marke Reventlow.

Die Rede des englischen Ministers Barnes gibt Herrn Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung" wieder einmal Veranlassung zu Betrachtungen, in die nach gewohnter Manier eine Verdächtigung der deutschen Sozialdemokratie eingeflochten ist. Er schreibt:

„Den geographischen Begriff wollen sie gütigst belassen. Gerade Barnes und Genossen, im übrigen aber auch Lloyd George und die englische Presse erklären immer wieder, man müsse das „eigentliche deutsche Volk" aufklären, wie glücklich es nach Vernichtung des Militarismus, des Preußentums und des Kaiserismus sein werde. Man verspricht sich von dieser Aufklärung auf die Dauer viel und glaubt, daß insbesondere die deutschen Sozialdemokraten es begreifen würden. Die Bescheidenheit der Forderungen Herrn Scheidemanns genügt den Engländern und Franzosen zwar noch nicht, aber sie werden darin **ein erfreuliches Zeichen dämmernder Erkenntnis** begrüßen. Sie wissen gut genug, daß ein auf dem Boden des Programms Scheidemann geschlossener Friede den Keim zum deutschen Ruin in sich trüge."

Herr Reventlow glaubt wohl nicht selber, sucht aber seine Leser in die Ansicht zu versetzen, als stände die Sozialdemokratie im Begriffe, auf die gegnerischen Phrasen vom Kampf gegen den deutschen Militarismus, Imperialismus usw. hereinzufallen. Wer in den 2½ Kriegsjahren auch nur ab und zu eine Zeitung gelesen hat, muß das Lächerliche dieser Unterstellung einsehen. Die deutsche Sozialdemokratie hat oft genug erklärt, daß sie es ablehnt, eine Umgestaltung der deutschen Verhältnisse aus der Hand der Feinde zu empfangen, ganz abgesehen davon, daß unsere Gegner dieses Ziel natürlich nur als einen Vorwand zur Durchsetzung ihrer wirklichen Pläne aufstellen. Im übrigen darf gerade die Sozialdemokratie ein Verdienst dafür beanspruchen, wenn die englischen Schlagworte in der deutschen Arbeiterschaft nicht verfangen. Dank der sozialdemokratischen Aufklärungsarbeit wissen die deutschen Arbeiter, daß Militarismus, Imperialismus usw. nicht, wie unsere Gegner es hinstellen, spezielle Ausflüsse der deutschen Politik sind, sondern eine auf dem Boden des Kapitalismus gewachsene internationale Erscheinung. In England, wo die großen Arbeitermassen vom Hauche des Sozialismus wenig berührt sind, mag es gelingen, für die Schlagworte vom „deutschen" Militarismus und „deutschen" Imperialismus unter ihnen ein gläubiges Publikum zu finden. Dafür, daß dies in Deutschland nicht möglich ist, mag sich Herr Reventlow alle Tage bei der deutschen Sozialdemokratie bedanken.

Stresemann über Kriegsziele, Kriegsentschädigung und U-Boot-Krieg.

Die „Tägliche Rundschau" berichtet auf zwei Spalten über einen Vortrag, den der alldeutsch-nationalliberale Abgeordnete Dr. Stresemann in Hannover gehalten hat. Nach der üblichen Polemik gegen Genossen Scheidemann, ohne die es bei Alldeutschen nicht mehr geht, wendet sich Stresemann den Kriegszielen zu und wiederholt die bekannte Phrase: „Wenn der Frieden geschlossen wird, ohne daß Deutschland die flandrische Küste besitzt, so ist England der gewinnende und wir sind der verlierende Teil." Als reale Garantien im Westen genügten eine Eisenbahngemeinschaft und Zollunion mit Belgien nicht, sondern der Besitz von Antwerpen und die Küste müßten gefordert werden. Wenn Belgien in der Hand unserer Feinde bliebe, sei Englands Hauptkriegsziel erreicht. Ferner fordert Stresemann das Erzbecken von Briey und Longwy. Für eine Kriegsentschädigung macht er mit folgenden Worten Propaganda:

Die aufgehäuften Kriegsschulden werden voraussichtlich im Reiche **neue Steuern im Betrage von 6 bis 7 Milliarden Mark** nötig machen. Dazu kommen neue Steuern in den Bundesstaaten und neue Steuern in den Gemeinden. Man ist sich an den maßgebenden Stellen über zwei Gesichtspunkte klar, darüber nämlich, daß diese Steuern nicht auf die Dauer aufzubringen sind, sondern daß ein Teil der Schulden sofort abgetragen werden muß durch **weitgehende Vermögensabgaben** — unter Einschluß auch der kleinen Vermögen — **im Betrage von ein Viertel bis ein Drittel des Vermögensbesitzes.** Man ist sich weiter klar darüber, **daß man an den nicht besitzenden Kreisen nicht vorbeigehen kann.** Für den Arbeiter also bedeutet dieser sogenannte Statusquo wachsende Teuerung und wachsende Steuerlast. Und das würde er dem Grundsatz danken: Jeder trage seine eigene Last. Wenn man also zusammenfaßt, was die Worte Scheidemanns bedeuten, so haben wir alle Opfer gebracht und müssen in Zukunft weitere Opfer bringen, damit Polen die Autonomie erhält.

Herr Stresemann vergißt leider in seine Rechnung einzustellen, um wieviel die Kriegslasten noch bis zur Erreichung der von ihm aufgestellten Ziele wachsen würden. Hat er übrigens vergessen, daß der ihm nahestehende alldeutsche Professor Dietrich Schäfer jüngst im „Reichsboten" zugegeben hat, daß wohl praktisch alles auf den Scheidemannschen Satz herauskommen würde. Ueber den verschärften U-Bootkrieg machte Herr Stresemann nach dem Bericht der „Täglichen Rundschau" folgende Angaben:

Stresemann legte dar, daß sich die monatliche Zerstörungsleistung, die jetzt bereits ½ Millionen Tonnen erreicht hat, bei vollem Einsatz der Kampffähigkeit unserer U-Boote bis auf 1 Million steigern lasse. Das würde England nicht nur in seinem weltwirtschaftlichen Nerv treffen, sondern es würde auch für die englische Bevölkerung den Hunger bedeuten. Voraussetzung sei allerdings, daß man den U-Booten die volle Kampffähigkeit freigebe, und daß man diese Frage als eine rein deutsche betrachte, in der andere Staaten nicht mitzureden hätten.

Es werden hier Zahlen genannt, die der Oeffentlichkeit bisher fremd waren. Sie beweisen jedenfalls, daß die Alldeutschen unrecht haben, sich andauernd über eine angebliche auffällige Informiertheit der sozialdemokratischen Presse zu beklagen.

Die Bürgerlichen im Kreise Potsdam-Osthavelland.

Am Sonntagabend fand in Potsdam, wie die dortige Pn.-Korrespondenz berichtet, eine vertrauliche Besprechung zwischen Vertretern der Konservativen, der Nationalliberalen und Freisinnigen im dortigen Wahlkreis statt. Da die Teilnehmer von ihren Parteien keine Ermächtigung besaßen, bindende Beschlüsse zu fassen, so beschränkten sich die Verhandlungen auf Besprechungen zwangloser Natur. Die Versammelten waren der Ansicht, daß der Burgfriede für die Potsdamer Reichstagswahl gegenstandslos sei, denn mittlerweile sei die Antwort des sozialdemokratischen Provinzialsekretariats auf die Anfrage der konservativen Wahlkreisorganisation eingetroffen. In dieser teilt — immer dem Bericht folgend — Genosse Otto Wels mit, daß von der sozialdemokratischen Partei der Schriftsteller Dr. Franz Mehring aufgestellt sei und die Kandidatur angenommen habe. Da in dem Schreiben keine weiteren Angaben enthalten waren, nimmt man an, daß sich die sozialdemokratische Gesamtpartei damit abgefunden habe. Die konservative Organisation betrachtet es nunmehr als selbstverständlich, daß mit ihr die anderen bürgerlichen Parteien die Kandidatur Mehring nicht widerspruchslos hinnehmen. In der Versammlung kam denn auch übereinstimmend die Auffassung zum Ausdruck, daß man im nationalen Interesse ein gemeinsames taktisches Vorgehen der bürgerlichen Parteien anbahnen müsse und von den einzelnen Organisationen anzustreben sei, derartige Beschlüsse herbeizuführen. Dabei soll es weniger auf die Parteizugehörigkeit des Kandidaten wie auf seine persönliche Eignung zum Sammelkandidaten ankommen. — Allerdings scheint es nicht ausgeschlossen, daß an der Kandidatenfrage die bürgerliche Einigung Schiffbruch leiden wird, denn in konservativen Kreisen ist man der Ansicht, daß derjenigen Partei die Aufstellung eines Sammelkandidaten aus ihrer Reihe zukomme, die zuletzt die meisten bürgerlichen Stimmen auf sich vereinigt habe, das sind die Konservativen. Ob sich aber die Liberalen, die 1912 nur um wenige Stimmen hinter den Konservativen zurückblieben, mit dieser Ausschaltung zufriedengeben werden, scheint uns zum mindesten zweifelhaft.

Bisher ist übrigens ein Wahltermin für die Nachwahl noch nicht ausgeschrieben, so daß voraussichtlich bis zur Wahl noch einige Zeit vergehen wird.

Die „Wagenschieber" des bayerischen Zentrums.

Wie wir bereits berichteten, hat die Zentrumsleitung im bayerischen Kreise Ingolstadt für die dortige Landtagsersatzwahl die Aufstellung einer Arbeiterkandidatur schroff abgelehnt. Gegen den von den katholischen Arbeitern vorgeschlagenen Eisenbahner Schürer fiel sogar das Wort: Man könne den Wählern doch keinen Wagenschieber zumuten. Wie man jetzt erfährt, hat die Parteileitung Schürer sogar das Ehrenwort abgenommen, daß er nicht als Gegenkandidat des offiziellen Zentrumskandidaten Kroher auftreten werde. In den bayerischen Arbeiterkreisen des Zentrums hat der Fall viel böses Blut gemacht und das Wochenblatt der süddeutschen katholischen Arbeitervereine protestiert in seiner jüngsten Nummer nochmals „gegen die unwürdige Behandlung, wie sie seit Jahren von leitenden Kreisen der Zentrumspartei gegenüber den staatsbürgerlichen Forderungen der Arbeiterschaft in bezug auf Zuteilung von Landtagsmandaten beliebt wurde". Dasselbe Blatt berichtet, daß in einer Reihe von Versamlungen die Arbeiterschaft des Kreises Wahlenthaltung beschlossen hat bzw. noch beschließen werde.

Auf die leitenden Zentrumskreise scheint dies jedoch wenig Eindruck zu machen; die bayerische Zentrumspresse, mit Ausnahme der Blätter in Augsburg und Nürnberg, putzt die auffässigen Arbeiter nach Noten herunter. Die Arbeiter sind im Zentrum eben die — Wagenschieber.

Letzte Nachrichten.

Die Politik der rumänischen Regierung.

Stockholm, 8. Januar. Infolge starker Opposition beabsichtigt die rumänische Regierung, die Parlamentstagungen demnächst wieder abzubrechen. Vorher soll jedoch — nach rumänischen Blättern — Take Jonescu noch eine Deklaration verlesen, welche die Regierungspolitik als die einzig mögliche für Rumänien erklärt und die Parteien zur Billigung durch Akklamation aufrufen wird. Eine ähnliche Deklaration wird Caniacuzenu im Senat verlesen. („Frkf. Ztg.")

Die Lage in Athen.

Bern, 8. Januar. „Corriere della Sera" meldet aus Athen: Die Stadt ist infolge Kohlenmangels nur spärlich beleuchtet. Die Bevölkerung erträgt mit Ruhe die von der Blockade herrührenden Störungen. Seit vier Tagen sind auch die Brotmengen für das königliche Haus bemessen. Alle Vertreter der kriegführenden Mächte sind nunmehr mit Ausnahme der Italiener abgereist und zum Teil eingeschifft.

Erklärungen der griechischen Regierung.

London, 8. Januar. Das Reutersche Bureau erfährt, daß die griechische Regierung den Alliierten eine Reihe von Erklärungen überreicht hat, die weder auf eine Zurückweisung noch auf eine Annahme der Note der Alliierten hinauslaufen. Die griechische Regierung weise auf gewisse Schwierigkeiten, den Forderungen der Alliierten nachzukommen, hin. Die Haltung der griechischen Regierung, wie sie sich in diesen Erklärungen widerspiegele, sei keineswegs so unnachgiebig wie die Haltung der königsgesinnten Presse. Die Antwort an die griechische Regierung werde in Rom verfaßt, weil so viele Minister der Alliierten dort anwesend seien. Inzwischen dauere die Verschiebung der königstreuen Truppen, die in der Antwort auf das Ultimatum der Alliierten versprochen worden war, fort und gehe offenbar in einer Weise vor sich, die die Gesandten der Alliierten zufriedenstelle.

Rasputin.

Stockholm, 8. Januar. „Nya Dagligt Allehanda" meldet, nach glaubwürdigen Nachrichten aus Petersburg glaube man dort nicht, daß Rasputin wirklich tot sei. Die Meldung von der Auffindung seiner Leiche in der Newa sei nur zu dem Zwecke verbreitet worden, Rasputin Gelegenheit zu geben, zu verschwinden, oder jedenfalls sich der Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit zu entziehen. In letzter Zeit seien wiederholt Anschläge gegen Rasputin verübt worden. Dieser sei aber so gut bewacht, daß es kaum möglich wäre, ihn zu ermorden.

Gewerkschaftliches.

Neue Spaltungsversuche in den Gewerkschaften.

Bekanntlich hatten die in der sozialdemokratischen Partei vertretenen zwei oppositionellen Richtungen, die Arbeitsgemeinschaft und die Spartakusgruppe, eine Reichskonferenz zum 7. Januar einberufen. Die Spartakusleute stellten für ein gemeinsames Vorgehen mit der Arbeitsgemeinschaft besondere Bedingungen, die in sogenannten Grundsätzen oder Richtlinien formuliert wurden. Die Gewerkschaften wird aus diesen Richtlinien für das Bündnis diese eine interessieren: „Systematischer Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstanzen innerhalb der Gewerkschaften; Organisierung zu diesem Zweck der auf seiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder und Schaffung eines speziellen Gewerkschaftsblattes." Ob diese Forderung auf der Konferenz anerkannt worden ist, entzieht sich einstweilen unserer Kenntnis, wir registrieren sie nur als neuen Versuch, den Spaltpilz in die bisher festgefügte Gewerkschaftsbewegung zu bringen. An sich muß das Vorhaben der Spartakusleute als sehr überflüssig erscheinen, denn was sie schaffen wollen, besteht in der deutschen Gewerkschaftsbewegung bereits seit vielen Jahren. Die sogenannten Lokalorganisationen Katerscher Richtung vertreten auch diese revolutionären „Grundsätze", allerdings mit recht dürftigem Erfolg unter den Arbeitern. Diese gewerkschaftliche Neubildung würde also Geist vom alten Geiste sein, es sei denn, daß die Spartakusleutchen sich streng von jeder Harmonieduselei und jeder Verwischung des Klassenkampfes fernhalten, gegen welche Erbsünden der deutschen Gewerkschaftsbewegung die Lokalorganisationen auch nicht gefeit waren, denn auch sie führten Unterstützungseinrichtungen ein, stellten Beamte an und schlossen gar Tarifverträge mit den Unternehmern ab. Im übrigen werden wohl auch die neuen Heilsverkünder keine großen Geschäfte machen, denn wir trauen den Gewerkschaftsmitgliedern denn doch noch so viel gesunden Sinn zu, daß sie einigen radikalen Phrasenen zuliebe nicht alles kurz und klein schlagen, was sie in jahrelanger Arbeit und aufopferndem Kampfe mühsam aufgebaut haben, sintemalen starke Gewerkschaftsorganisationen nach dem Kriege vielleicht doch noch recht nötig von den Arbeitern gebraucht werden könnten.

Deutsches Reich.

Können Werkvereine Tarifvertragsträger sein?

Diese Frage verneint der bekannte Sozialpolitiker Sinzheimer in einem von ihm erschienenen Buche, das sich mit der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge beschäftigt. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die sogenannten Harmonieverbände ohne weiteres aus einem Tarifvertragsverhältnis ausscheiden müssen, weil ihnen die für den Abschluß des Tarifvertrags notwendige Parteistellung fehlt; denn sie umfassen Unternehmer und Arbeiter oder Angestellte in einer Organisation. Sie könnten deswegen die Interessen der Arbeiter oder Angestellten nicht unabhängig zum Ausdruck bringen. Die wirtschaftsfriedlichen Verbände müßten auch deshalb ausscheiden, weil das Prinzip und die Tendenz ihrer Organisation den Tatsachen der Tarifentwicklung entgegengesetzt sind. Ihr Prinzip, das sie streng durchgeführt und zur Lebensgrundlage ihrer Organisation gemacht haben, sei der „Anschluß an die Unternehmung, mit welcher der Arbeiter es allein zu tun hat". Die Vereinsmitgliedschaft ist an die Zuständigkeit zum einzelnen Werk gebunden. Scheidet der Arbeiter aus dem Werke aus, so verliert er die Vereinszugehörigkeit und damit alle seine Ansprüche an den Verband. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen erscheinen ihm ausschließlich als Angelegenheiten des Werks, in dem er zufällig beschäftigt ist, nicht als gesellschaftliche Bedingungen. Diesem Prinzip entspricht die Tendenz der Werkvereine. Wenn auch von ihnen das Streikrecht prinzipiell bejaht wird, so ist das doch ohne Bedeutung, denn praktisch verwerfen sie ja jede Einrichtung, die auf die Möglichkeit und die Durchführung eines wirtschaftlichen Kampfes gerichtet ist. Das zeigt sich auch darin, daß diese Vereine auf die Schaffung von Streikkassen ausdrücklich Verzicht leisten. Sinzheimer kommt zu der Ansicht, daß, wenn die Gesetzgebung solche Verbände als Berufsvereine zur Tarifschließung zulassen würde, so würde sie nicht nur einen Keil in die bisherige Tarifbewegung treiben, sie würde auch den Sinn des Tarifvertrages verwirren. Man könne nicht im wirklichen Sinne von einem Vertrage sprechen, wenn die Möglichkeit fehle, auf den Inhalt der Vertragsbedingungen tatsächlich einzuwirken. Ein Verband, der von vornherein im Falle der Arbeitseinstellung jede Hilfe versagt, gebe den Gedanken einer vertraglichen Mitbestimmung von vornherein preis. Der Tarifvertrag setzt seinem Sinne nach den Gedanken des wirtschaftlichen Kampfes voraus. Sein wesentlicher rechtlicher Inhalt besteht gerade darin, daß sich die Vertragsparteien verpflichten, während seiner Geltungsdauer wirtschaftliche Kämpfe nicht zu führen. Für die wirtschaftsfriedlichen Verbände aber sei ein solches Versprechen sinnlos, da sie auf die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Kampfes verzichten. Kein wirtschaftsfriedlicher Verein habe bis jetzt einen Tarifvertrag abgeschlossen; im Gegenteil suchen diese Verbände auf die Durchführung eines dem Tarifvertrage entgegengesetzten Verständigungsprinzips zu dringen. Sie wollen, daß die Verständigung zwischen Unternehmer und Arbeiter auf dem Boden der Gleichberechtigung durch Vermittelung der von den Arbeitern des Werkes gewählten Vertretung oder aber der Werkvereinsleitung erfolgen soll.

Daraus und aus manchen anderen Begleitumständen schließt Sinzheimer, daß auf Arbeiterseite für den Tarifvertragsabschluß nur solche Berufsvereine in Frage kommen könnten, die nur Arbeiter oder Angestellte aufnehmen, die die Vereinszugehörigkeit von der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Werk nicht abhängig machen, sondern die willens und imstande sind, ihre Interessen auch durch wirtschaftliche Kämpfe wahrzunehmen.

„Der Bund", das Organ des Kartellvereins deutscher Werkvereine, ist über die Ausführungen Sinzheimers sehr ungehalten. Er nennt sie unnatürliche Tüfteleien, die von vornherein den einseitigen Parteianwalt verraten, der auf Bestellung gearbeitet habe. Kein Gericht und keine unparteiische gesetzgebende Stelle würde diese juristischen Schlußfolgerungen anerkennen. Schließlich müht sich der Bund auch noch ab, die Voraussetzungen Sinzheimers als falsch nachzuweisen. Und wenn er in einer Anwandlung radikaler Gesinnung die Tarifverträge als Fessel für die Arbeiter bezeichnet, so verrät die Beurteilung über die Wirkungen der Tarifverträge im Wirtschaftsleben ungefähr so viel weiterne Unkenntnis, wie der gegen Sinzheimer erhobene Vorwurf, daß er auf Bestellung gearbeitet habe, niedrige Gesinnung. Die Praxis wird sich auf Sinzheimers logischen Standpunkt stellen, trotz der ohnmächtigen Wut der Werkvereinler.

Berlin und Umgegend.

Aus der Schlichtungskommission für Militärschneiderarbeiten.

Das Oberkommando soll benachrichtigt werden.

In dem Rattenkönig von Lohnprozessen, in deren Mittelpunkt Frau Sudermann steht, spielte sich in der letzten Sitzung der Schlichtungskommission wieder mal ein Akt ab. Wie aus unseren früheren Berichten bekannt ist, hatte Frau Sudermann vom Bekleidungsamt Spandau Arbeit übernommen und zum Teil an eine Frau Weinkeller weitergegeben, die ihrerseits Arbeiterinnen beschäftigte. Die Tarifbestimmungen über den Zwischenmeisteranteil und über den Lohn des letzten Arbeiters waren aber nicht innegehalten worden. Diesmal standen sich Frau W. und Frau S. gegenüber. Es handelte sich aber letzten Endes darum, den früheren Arbeiterinnen der Frau Weinkeller den Teil des tarifmäßigen Lohnes zu sichern, den sie nicht erhalten haben. Da Frau Sudermann der Zwischenmeisterin nach deren Angaben auch zu wenig gezahlt hatte, so mußte Frau Sudermann haftbar gemacht werden.

Frau Sudermann ging gleich zu einer scharfen Attacke gegen Frau Weinkeller über:

„Frau W. sagt vieles! Wie kann die Frau sagen, ihre Arbeiterinnen haben gerade die Militärunterhosen gemacht, die ich ihr übergeben habe!" Frau Weinkeller wollte nämlich durch eine Bescheinigung der Arbeiterinnen beweisen, wieviel Unterhosen sie an Frau Sudermann geliefert hat.

Ein Beisitzer spricht den Gedanken aus, daß der neueste Einwand der Beklagten S. vielleicht nur ein Verschleppungsmanöver sei.

Im Laufe der Verhandlung wird Frau S. so laut und gibt als Streitpartei ihren energischen Siegerwillen in so ungehöriger Weise kund, daß Magistratsrat v. Schulz sie scharf in die Schranken eines angemessenen Verhandelns zurückweist.

Die Schlichtungskommission beschloß folgendes: „Dem Oberkommando wird Bericht erstattet über das Auftreten der Frau Sudermann, insbesondere über ihr Gebaren den Arbeiterinnen gegenüber. Ferner wird Frau Sudermann aufgegeben, bis zum nächsten Termin ihrerseits Beweis dafür anzutreten, wieviel der vom Bekleidungsamt erhaltenen Hosen sie im fraglichen Zeitraum an Frau Weinkeller ausgegeben hat." Der Vorsitzende v. Schulz und verschiedene Beisitzer gaben der streitbaren Dame noch mit auf den Weg: „Aber auf allgemeine Redensarten lassen wir uns nicht mehr ein! Bringen Sie Bücher mit oder sehen sie, wie sie sonst einen korrekten Beweis liefern."

Die Beschränkung der Frist für die Anrufung der Schlichtungskommission.

Frau G. hat für den Schneidermeister E. Militärhosen gearbeitet. Sie klagt vor der Schlichtungskommission auf Nachzahlung von 186 M. Sie macht geltend, die Entlohnung während des Zeitraums, wo sie beim Beklagten in Arbeit stand, sei zu gering gewesen.

Der Beklagte erhebt schließlich den Verjährungseinwand. Seit dem Austritt aus dem Arbeitsverhältnis seien bei Erhebung der Klage mehr als vier Wochen verstrichen gewesen. Im Vergleichswege will Beklagter aber 50 M. zahlen.

Die Klägerin will auf diesen Vergleich nicht eingehen.

Die Schlichtungskommission legt ihr dringend ans Herz, die gebotenen 50 M. im Vergleichswege zu nehmen. Sonst würde sie wahrscheinlich nichts bekommen.

Die Klägerin geht auf den Vergleich ein. Die Schlichtungskommission hätte die Klägerin abweisen müssen, wenn sie sich nicht verglichen hätte. Nach den maßgebenden Bestimmungen des Bekleidungsamts und seines Tarifs können von der Schlichtungskommission die in Betracht kommenden Personen nur Recht suchen spätestens innerhalb vier Wochen nach der Lohnabrechnung. — Diese Frist war bei der Klageerhebung schon verstrichen.

Die „Leiterin".

Nachzahlung von 211 M. verlangt Frau G. von Frau K. Die Klägerin hat Kragen für Militärmäntel nicht tarifmäßig bezahlt erhalten.

Frau K. bestreitet nicht, daß Klägerin den Tarifsatz für den letzten Arbeiter nicht voll erhalten hat. „Aber — sagt sie — ich habe damit nichts zu tun. Das geht nur Frau Gr. an. Die war in meinem Betriebe meine Leiterin. Der habe ich die Arbeiten in Akkord übergeben und sie hat sie an die Arbeiterinnen weiter gegeben."

Ob dieser Logik großes Bewundern beim Gerichtshof.

„Frau Gr. war meine Leterin" — dies ebenso schöne wie bequeme Leitmotiv setzte die harmlose Frau K. jedem Belehrungsversuch aus der Schlichtungskommission entgegen. Immer im harmonischen Gleichmaß der von Lebensweisheit gesättigten Frau. „Na, wie war es denn mit der Krankenkasse?" „Ja, auf meinem Namen waren die Arbeiterinnen allerdings bei der Krankenkasse gemeldet."

„Da haften Sie doch!" — wurde Beklagte nochmal belehrt. — Endlich begriff die Beklagte selber, daß sie eigentlich die Arbeitgeberin war und daß sie für die Beachtung des Tarifs haftet, trotz der „Letterin". Durch Vergleich sicherte sie der Klägerin 100 M. zu.

Aus der Partei.

Württembergische Landeskonferenz.

Am 6. Januar fand in Stuttgart eine vom Landesvorstand einberufene Konferenz statt, auf der 70 Ortsvereine durch rund 100 Delegierte vertreten waren. Daneben waren die Abgeordneten, die Kreisvorsitzenden, die Parteisekretäre, die Mitglieder des Landesausschusses und eine Anzahl in der Agitation tätiger Parteigenossen erschienen. Genosse Keil hielt einen Vortrag über die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Er beleuchtete die Ereignisse der letzten Wochen von dem Standpunkt aus, den die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einnimmt. Zu den Vorgängen in der Partei erklärte er, wenn die Opposition, wie es jetzt scheine, ihre Zugehörigkeit zur Partei nur noch dazu mißbrauche, die Organisation zu sprengen, dann sei der Zeitpunkt gekommen, dem Hängen und Würgen ein Ende zu machen, und denen, die aus Verbissenheit die Partei zerrütten wollen, die Möglichkeit zu nehmen, sich als Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie aufzuspielen. Redner wandte sich dann gegen die Eroberungspolitiker. In der Diskussion stimmten sämtliche Redner mit Ausnahme eines einzigen den Anschauungen des Referenten zu. Nachdrücklich wurde die Notwendigkeit betont, die Parteitätigkeit wieder stärker zu beleben. Einstimmig fand folgende Entschließung Annahme:

„Die Landeskonferenz der württembergischen Sozialdemokratie, besucht von 150 Vertretern aus allen Teilen des Landes, erklärt ihr volles Einverständnis mit den Ausführungen des Referenten. In dem Friedensangebot der Mittelmächte erblickt sie einen erneuten Beweis für die Richtigkeit der bisher von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verfolgten Politik, ihr Land zu verteidigen, solange die gegnerische Uebermacht dessen Niederwurf beabsichtigt, aber den Frieden zu schließen, sobald unsere Grenzen gesichert und die Gegner zum Frieden bereit sind. Die kriegverlängernd wirkenden Pläne der deutschen Eroberungspolitiker lehnt sie als volksschädlich ebenso entschieden ab, wie sie die verstiegenen Absichten der Annexionisten im gegnerischen Lager zurückweist. Sie fordert einen Frieden des Ausgleichs, der neben den Rechten und Interessen des deutschen Volkes den berechtigten Interessen der andern Völker Rechnung trägt. Sie begrüßt die Note des Präsidenten Wilson als einen in der Richtung zu diesem Ziel liegenden Schritt. Auch in dem Fall, daß die Halsstarrigkeit der feindlichen Staatsmänner das deutsche Volk zwingt, den Abwehrkampf mit größter Kräfteentfaltung fortzusetzen, hält die Konferenz es für ein Gebot der Menschlichkeit, das sich mit den Interessen unseres eigenen Volkes deckt, die Friedensbereitschaft Deutschlands dauernd aufrechtzuerhalten, bis den Gegnern die Einsicht vor der Unmöglichkeit ihrer Absichten kommt. Den Arbeitern der feindlichen Länder liegt die Pflicht ob, ihre Regierungen zur Friedensbereitschaft zu zwingen."

Aus Industrie und Handel.

Syndizierung der B-Produkte?

Im Zusammenhange mit dem Beschluß, den Stahlwerksverband ohne Aenderung des Gesellschaftsvertrages um ein Jahr provisorisch zu verlängern, ist beschlossen worden, unverzüglich an die Vorarbeiten zur Syndizierung der B-Produkte heranzugehen.

Der gute Vorsatz ist wieder einmal gefaßt. Ob ihm die Tat folgen wird, ist nach allen Erfahrungen fraglich.

Das Problem liegt so: Die uniformen A-Produkte, Halbzeug, Formeisen und Schienen, sind syndiziert. Draht, Röhren, Bleche unterliegen aber im Frieden — im Kriege sind Preis- und Lieferungsverabredungen auf kurze Frist schon wegen der Notwendigkeit einer Ausfuhrregelung, getroffen worden — einem scharfen Wettbewerb. Die großen gemischten Werke fahren in der Regel gut dabei. Dank der hohen Gewinne, die Stahlwerksverband und Kohlensyndikat ihren Mitgliedern verbürgten, konnten diese in den syndikatsfreien B-Produkten in Krisenzeiten kräftig schleudern, um nur durch niedrige Preise ihre Werke in vollem Gang zu halten. Dagegen lehnten sich schon im Frieden die reinen Werke oder jene gemischten auf, deren Haupterzeugung B-Produkte sind. In letzter Zeit soll die Syndizierung der B-Produkte besonders von August Thyssen betrieben werden.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

An der Berliner Montag-Börse dämpften Steuerbefürchtungen die Unternehmungslust ziemlich stark.

Nach dem Geschäftsbericht der Norddeutschen Kabelwerke A.-G. in Neukölln erzielte die Gesellschaft in dem am 30. September 1916 abgelaufenen zweiten Geschäftsjahre einen Bruttogewinn von 406 440 M. (1914/15 254 044 M.). Der Reingewinn wird mit 221 618 M. (131 999 M.) ausgewiesen, woraus eine 10prozentige Dividende verteilt wird. Die Gesellschaft, die ihr Kapital ursprünglich um 1 000 000 M. erhöhen wollte, wird in 14 Tagen eine Verdoppelung des Kapitals von 1 500 000 M. auf 3 000 000 M. vornehmen, wenn ihr ein großer Auftrag erteilt wird, wegen dessen sie in aussichtsreichen Verhandlungen steht. An der Gesellschaft ist die Mix u. Genest A.-G. stark beteiligt.

Französische Börsenkurse.

Die Tatsache, daß der Feind im eigenen Land steht, hat auf die französischen Wertpapiere stark gedrückt, deren Kurse fast durchwegs stärker gesunken sind als gleichartige Effekten in Deutschland.

	30. 12 1913	30. 12 1914	30. 12 1916
3proz. französische Rente	85,87	72,10	61,—
3proz. amort. Rente	89,50	78,50	68,45
Russische 4proz. Anleihe von 1880	89,20	75,80	71,—
Russische 5proz. Anleihe von 1906	103,10	93,15	84,45
Italienische Rente	98,75	84,10	71,75
Crédit Foncier de France	890	695	700
Banque de Paris et des Pays-Bas	1660	1120	1042
Crédit Lyonnais	1671	1175	1180
Comptoir National d'Escompte	1050	800	790
Société Générale	815	510	490
Nordbahn	1705	1400	1275
Lyon	1282	1130	1015
Orléans	1318	1125	1110
Südbahn	1111	900	900
Ostbahn	911	800	745

Genossenschaftliches.

Das zweite landwirtschaftliche Gut des schweizerischen Konsumverbandes.

Der Aufsichtsrat des schweizerischen Konsumverbandes hat in Pfyn bei Frauenfeld (Kanton Thurgau) ein zweites Landgut um den Preis von 170 000 Fr. einschließlich des lebenden und toten Inventars gekauft. Das Gut umfaßt 37 156 Hektar ebenen Boden mit genügenden, sehr gut erhaltenen Gebäulichkeiten, über 1000 fruchtbaren Obstbäumen und großen, prächtigen, zum Teil schlagfertigem Wald; der Viehbestand umfaßt 45 Stück Rindvieh, verschiedenes Kleinvieh und drei Pferde. Das reichhaltige und guterhaltene tote Inventar enthält landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Vorräte usw. Das Gut ist mit dem 1. Januar 1917 in den Besitz des Konsumverbandes übergegangen.

Gerichtszeitung.

Wetterfeste Kinderstiefel hatte eine Arbeiterfrau eines Tages bei dem Partiewarenhändler Lewinski in der Raabestraße verlangt und als solche ein paar Stiefel erstanden, die ihr als gut empfohlen worden waren, sich aber dann der Bezeichnung als „Stiefel" gar nicht würdig zeigten, denn die Sohlen bestanden nicht aus Leder, sondern aus Pappe! Die Käuferin brachte die Sache zur Anzeige und Herr Lewinski stand am Montag unter der Anklage des Betruges vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Der Angeklagte entschuldigte sich damit, daß auf dem Karton, in welchem die Stiefel verkauft wurden, eine Bemerkung zu lesen war, die besagte, daß es sich nicht um Ledersohlen handle. Das Gericht sah dies nicht für ausschlaggebend an, stand vielmehr auf dem Standpunkt, daß der Angeklagte verpflichtet gewesen wäre, die Käuferin ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen. Da Kinder mit den Stiefeln vielfach im Nassen herumpanschen, so könne das, was der unbemittelten Frau, die sich mühsam das Geld zum Ankauf neuer Stiefel für ihr Kind abgespart hatte, verkauft worden, überhaupt nicht als Stiefel gelten. Mit Rücksicht darauf, daß in der heutigen schweren Zeit einer solchen Unreellität scharf entgegengetreten werden müsse, verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 1 Monat Gefängnis.

Mit einem Brotkartenschwindler hatte sich am Montag das Schwurgericht des Landgerichts I zu beschäftigen. Der Angeklagte Schneider Artur G. war beschuldigt, in 29 Fällen sich der Urkundenfälschung in gewinnsüchtiger Absicht schuldig gemacht zu haben. Er betrieb den Brotkartenschwindel, der jetzt so häufig die Gerichte beschäftigt, auf eine höchst einfache Weise. Aus dem Adreßbuch suchte er sich jedesmal ein beliebiges Haus, den Namen des Eigentümers, des Verwalters und irgendeines Mieters heraus und machte sich dann zu einem Aftermieter des letzteren. Das geschah in der Weise, daß er eine polizeiliche Anmeldung mit den erdichteten Personalien einer ebenso fingierten Person ausfüllte und weiter darauf angab, daß diese von außerhalb zugezogen und bei dem betreffenden Mieter Aftermieter sei. Hierauf fälschte er die Unterschriften von Hauswirt oder Verwalter und ging mit der Anmeldung zu dem zuständigen Polizeirevier, wo er sie abstempeln ließ. Mit der nun ganz ordnungsmäßig erscheinenden Anmeldung suchte er die in Betracht kommende Brotkommission auf und verlangte seine Brotkarten, die ihm auf Grund der Anmeldung auch anstandslos für mehrere Wochen ausgehändigt wurden. So schwamm der Angeklagte in Brotüberfluß. Ein ganzes Brot will er täglich selbst verzehrt, den Rest der Karten an arme Leute verschenkt haben. Die Geschworenen bejahten nur die Schuldfrage nach einfacher Urkundenfälschung und billigten dem Angeklagten, der aus besseren Verhältnissen herabgekommen ist, mildernde Umstände zu, da er von Anfang an voll geständig war. Der Angeklagte wurde zu 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft verurteilt.

Verantw. Redakt.: Herm. Müller, Tempelhof. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanst. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsbl.

Zentralisation oder kommunale Lieferungsverträge in der Lebensmittelversorgung?

Wermuths Replik an Batocki.

Die Antwort, die der Präsident des Kriegsernährungsamtes an den Oberbürgermeister Wermuth auf dessen Ausführungen im Berliner Stadtverordnetenkollegium gerichtet hat, hat den Oberbürgermeister zu einer erneuten Erwiderung veranlaßt, die folgenden Wortlaut hat:

„Euer Exzellenz geneigtes Schreiben vom 5. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Ich begrüße dankbar, daß es zur weiteren Erörterung der grundlegenden Fragen unserer Ernährungspolitik Gelegenheit gibt.

Sehr wertvoll ist den Städten die Mitteilung Euer Exzellenz, daß Sie die Bewirtschaftung der Vollmilch und Magermilch zurzeit mit allem Nachdruck betreiben und eine Besserung der auf diesem Gebiete bestehenden besonderen schweren Mißstände erwarten. Die großen Städte befinden sich in der unhaltbaren Lage, daß sie, denen die Verteilung bestimmter Mengen von Milch reichsseitig vorgeschrieben ist, ohne jede wirksame Hilfe bleiben, um auch diesen allernotwendigsten Bedarf angeliefert zu erhalten. Wir bitten lebhaft, die beabsichtigten Maßregeln zu beschleunigen und die Milch planmäßig in den Landgemeinden ansammeln, planmäßig nach den Städten weiterbefördern zu lassen.

Bei der Milch hat auch eingesetzt, was ich in der Stadtverordnetenversammlung über die Preisentwicklung zu sagen hatte. In den Beratungen mit der Reichsfettstelle ist uns wiederholt erklärt, man sei außerstande, die Anlieferung nach den Städten zu beeinflussen und zu festigen, und erblicke deshalb für uns **die einzige Hilfe darin, den Reiz zur freiwilligen Anlieferung durch höhere Preisangebote zu verstärken.** Mit diesem Rate allein kann sich der Städter allerdings weder hier noch bei anderen Lebensmitteln abfinden. Er hält es, solange nicht Stadt und Land gleichgestellt sind, zum wenigsten für die Pflicht der Gesamtheit, ihrerseits den Städten diejenige Menge von Nahrungsmitteln zuzuführen, welche **zur Lebenshaltung unbedingt erforderlich ist.** Diesen Mindestbeharrungszustand haben die Maßregeln des Reiches noch nicht erzielt. Bis er erreicht ist, bleibt nichts übrig, als auf dem nun einmal — meiner Ansicht nach mit gutem Grunde — beschrittenen Wege amtlicher Ergreifung und Bewirtschaftung der notwendigen Nahrungsmittel unbeirrt weiterzugehen.

Demgegenüber steht im Mittelpunkt der gegenwärtigen Erörterung die Frage, ob in dem Ausbau der Lieferungsverträge, wie Euer Exzellenz ihn vorhaben,

ein Systemwechsel

liegt oder nicht. Daß Euer Exzellenz einen grundsätzlichen Wechsel nicht wünschen, ist nach Ihrer nunmehrigen Erklärung außer Zweifel. Es bleibt nur zu erörtern, **ob die Wirkung nicht dennoch eintreten wird.** Der hauptsächliche Grund, aus welchem unsere Stadtverwaltung und, wie Euer Exzellenz selbst bemerkt haben werden, sehr viele andere Seiten eine Richtungsänderung besorgen, ist folgender:

In Euer Exzellenz Schreiben, auch in dem jetzigen, sind wichtigste Nahrungsmittel, so Kartoffeln (Frühkartoffeln), Milch und auch Fleisch (Mastschweine) unter beiden der von Ihnen unterschiedenen Lebensmittelklassen aufgeführt. Einmal bei den Gegenständen der öffentlichen Bewirtschaftung und der Zwangslieferung und dann wiederum auch bei den Lebensmitteln, welche „sich ihrer Natur nach für das System der Beschlagnahme zu Höchstpreisen und Bewirtschaftung durch Zentralbehörden nicht eignen", und denen deshalb durch Lieferungsverträge beigekommen werden soll. Sicherlich können Lieferungsverträge als Hilfsmittel auch bei den öffentlich bewirtschafteten Waren am Platze sein; jedoch nur so, daß sie **einen Bestandteil der öffentlichen Versorgung** bilden, und daß die Verantwortung für das Zureichen der Gesamtversorgung bei der Zentralbehörde bleibt. Aus der Aufnahme von Frühkartoffeln, Milch usw. in die zweite Klasse aber läßt sich die Meinung entnehmen, **daß die Zentralbehörde von der weiteren Fürsorge und Verantwortung sich befreit halten kann, wenn die Gemeinden Lieferungsverträge abgeschlossen haben,** ja auch dann, wenn sie, die Zentralstelle, die Gemeinden auf den Weg der Lieferungsverträge verweist. Hiervor muß auch jetzt **dringend gewarnt werden.** Bei der Milch ohne nähere Begründung, nachdem Euer Exzellenz selbst die Verpflichtung der Reichsbehörde zu wirksamem Vorgehen festgestellt haben. Höchst gefährlich wäre es, wenn der feste Gang der Kartoffelbelieferung dadurch gestört würde, daß die Frühkartoffel, mag sie nun durch Gartenbau oder sonst erzielt sein, ausgeschieden und den Gemeinden überlassen wird. Das letzte Jahr hat gezeigt, daß ein äußerst geschicktes Ineinanderschieben der Winterkartoffel, der ausländischen Frühkartoffel und dann der inländischen Frühkartoffel nötig ist, um bis zum Ende des Erntejahres zu reichen. Im laufenden Jahre wird das noch viel mehr der Fall sein, ja, schon muß die Kohlrübe und müssen vielleicht später noch sonstige Gemüse oder auch anderartige Nahrungsmittel in das engere System der Kartoffelversorgung hineingezogen werden, damit der durch die Kartoffel dargestellte Nährwert auf alle Fälle jedem Stadtbewohner das ganze Jahr hindurch zukommt. Ich für meine Person gehe schon deshalb auch beim Obst und Gemüse weiter als Euer Exzellenz und meine, daß hier in der behördlichen Bewirtschaftung nicht genug, dagegen in der Zerstörung städtischer Verträge zuviel geschehen ist.

Was diesen Punkt anlangt, so habe ich unsere herben Erfahrungen in der Stadtverordnetenversammlung, wenn auch nicht erschöpfend, geschildert. Sie sind nicht eine Besonderheit der Stadt Berlin. Fast alle Städte bekunden, wie entmutigend es wirkt, wenn die Gemeinde zugunsten ihrer Bürger, und zwar doch auch gerade der bedürftigen, sich Lieferungen erstritten hat, und dann sehen muß, wie eine nach der anderen von den zuständigen Reichsstellen beseitigt oder jedenfalls dem Nutzen der Stadt entzogen wird, die sich Mühe darum gegeben hatte."

In diesem Zusammenhang dürfte auch eine Zuschrift interessieren, die der Vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Städte (unter 25 000 Einwohnern), Bürgermeister Saalmann-Pleß, an das „B. T." richtet. Herr Saalmann, der auch Mitglied des Beirats des Kriegsernährungsamtes ist, polemisiert gegen Ausführungen, die Dr. Michaelis im „B. T." gemacht hat, und sucht diesem gegenüber nachzuweisen, daß die Lebensmittelnöte der kleineren Städte ebenso groß, wenn nicht größer seien, als die der Großstädte. Dann führt er fort:

„Im übrigen teile ich die Auffassung des Herrn Dr. Michaelis, daß jetzt an dem System der öffentlichen Bewirtschaftung nicht gerührt werden sollte. Selbst in landwirtschaftlichen Kreisen ist dieselbe Ansicht die vorherrschende. Jeder Systemwechsel ist schon von dem Gesichtspunkte aus höchst bedenklich, daß er in der Uebergangszeit zu einer Stockung führt. Derartige Stockungen haben wir, bis wir zu dem jetzigen System gekommen sind, genügend durchgemacht. Eine solche Probe könnte aber **gerade im Frühjahr recht unangenehme Folgen** zeitigen. Die Frage, ob die Höchstpreise beizubehalten sind oder nicht, ist ein recht schwieriges Problem. Nach den **Erfahrungen, die mit Gänsen und Seife gemacht worden sind,** wird man doch für ihre Beibehaltung eintreten müssen. Es wird hierbei zu prüfen sein, ob es nicht zweckmäßig wäre, nur Verbraucherhöchstpreise vorzuschreiben, und ob die Strafvorschriften nicht eine dahingehende Abänderung erfahren müßten, daß nur der Verkäufer bei Höchstpreisüberschreitungen strafbar wäre. Hierdurch würde eine Aufdeckung und Verhütung von bezüglichen Straftaten möglich sein."

Die Reichskonferenz der Partei-Opposition.

Ueber die von dem Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft einberufene Konferenz der Parteioppositionen, die am Sonntag, den 7. Januar, stattfand, geht uns der folgende **offizielle Bericht** zu:

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft hat zum 7. Januar Vertreter der Parteioppositionen beider Richtungen zu einer gemeinsamen Besprechung mit der Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft einberufen, um über die Taktik der oppositionellen Abgeordneten im Reichstag und über Schutzmaßregeln gegen das Verhalten des Parteivorstandes zu beraten. Im Namen der Fraktion der Arbeitsgemeinschaft, deren Vorstand die Verhandlungen leitete, begrüßte Ledebour die Erschienenen. Anwesend waren 157 Genossen; 19 Reichstagsabgeordnete und 138 Delegierte, davon etwa 35 Genossen von der Spartacusgruppe. Vertreten sind 72 Kreise.

Nachdem Uebereinstimmung über die Art der Vertretung und die Verhandlungen konstatiert worden war, erhielt Haase das Wort zum einleitenden Referat.

Er wies zunächst die Erklärung des Parteivorstandes zurück, daß die Besprechung einen Bruch des Organisationsstatuts bedeute. Der Parteivorstand habe ein- für allemal das Recht verwirkt, anderen Parteigenossen diesen Vorwurf zu machen. Er, der sich unter dem Belagerungszustand von der Militärbehörde den „Vorwärts" habe in die Hände spielen lassen, habe selbst einen klaren Bruch des Organisationsstatuts verübt; er, der selbst neben rechtmäßigen Berliner Organisationen Sonderorganisationen, so den Diskutierklub „Vorwärts", pflegt und schützt, habe kein Recht, gegen Sonderorganisationen aufzutreten. Der Redner gab dann eine Charakteristik der Politik des Parteivorstandes und der alten Fraktion, wie sie zum Ausdruck kommt zunächst im neuen „Vorwärts", dessen Niveau tief gesunken sei. Nicht grundsätzliche Aufklärung, sondern Verwischung der Klassengegensätze betreibe der „Vorwärts", der im Ausland nicht mehr als Organ der Sozialdemokratie, sondern als offiziöses Organ der deutschen Regierung angesehen werde. Jede Scheinkonzession der Regierung werde begrüßt als wertvolle Bereicherung der Kulturgüter des Proletariats. Das gelte auch für die Friedensfrage, in der sich die alte Fraktion durchaus als Werkzeug Bethmann Hollwegs behandeln lasse, der nicht daran denke, die Friedensziele der Sozialdemokratie zu vertreten. Die selbstverständliche, den demokratischen Grundsätzen entsprechende Forderung, im Reichstage zu der Friedensrede des Kanzlers das Wort zu nehmen, sei von der alten Fraktion abgelehnt worden, nachdem die Regierung es gewünscht habe. Sie habe für das Arbeitszwangsgesetz gestimmt, und habe damit Ketten schmieden helfen für das Proletariat. Das alles könne nicht gerechtfertigt werden. Darum sei es nicht nur Recht, sondern Pflicht der auf dem Boden der Opposition stehenden Parteigenossen, sich im Rahmen des Parteistatuts zusammenzuschließen, nicht isoliert zu bleiben. Es gelte, in der Partei zu bleiben, die uns ans Herz gewachsen sei, und es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß über kurz oder lang die Massen für die Opposition gewonnen werden. Es wäre töricht, sich zu einer Sekte zurückdrängen zu lassen. Die Arbeiterbewegung könne nur als Massenbewegung existieren. Die Massenbewegung dürfe aber nicht auf den Boden des alten Tradeunionismus herabsinken, sondern müsse erfüllt sein vom alten sozialdemokratischen Geiste.

Genosse Lipinski-Leipzig behandelt die organisatorischen Notwendigkeiten der Opposition. Aufgabe der Sozialdemokratie sei es, den Kampf um die politische Macht zu führen, um die kapitalistische Produktionsweise umzugestalten. Die Politik des Parteivorstandes und der Mehrheitsfraktion laufe aber auf eine bedingungslose Unterstützung der Regierungspolitik hinaus. Um dieses Zieles willen habe der Parteivorstand die klaren Bestimmungen des Organisationsstatuts einfach beiseite geschoben. Das zwinge uns, die Parteigenossen mobil zu machen, sie für unsere Auffassung zu gewinnen. Auch die jetzt vom Parteivorstand materiell abhängige Presse müsse für die Opposition wieder dienstbar gemacht werden. Undienlich sei aber dabei die Beitragssperre, die praktisch keinen Erfolg verspreche, die Macht des Parteivorstandes nicht berühre, ihm aber ein formales Recht gebe, gegen die Organisationen vorzugehen. Notwendig sei der Zusammenschluß der Opposition, der mündliche Verkehr der oppositionellen Genossen in den Bezirken und Ortsgruppen — alles im Rahmen der Partei.

Nach Lipinski sprach der Referent der auf dem Boden der Zeitschrift „Internationale" stehenden Genossen. Er begrüßte das Zustandekommen der Besprechung, die von der Spartakusgruppe schon im Sommer gefordert worden. Er erklärte jedoch von vornherein, daß es sich nur um einen Zusammenschluß für einen Tag, um gemeinsame Beratungen handeln könne. Mit der Arbeitsgemeinschaft durch dick und dünn zu gehen, hätten seine Freunde kein Vertrauen. Die Schwierigkeit, mit der Arbeitsgemeinschaft ein Bündnis einzugehen, beruhe schon darin, daß die Arbeitsgemeinschaft keinen einheitlichen Standpunkt habe. Das trete besonders hervor in der Frage der Landesverteidigung. Während in der Arbeitsgemeinschaft Lipinski in dieser Frage im wesentlichen mit der Mehrheit gehe, Ledebour die Stellungnahme von der Kriegslage abhängig mache, stehe die Gruppe „Internationale" auf dem grundsätzlichen Boden, der durch die Genossin Duncker auf der Reichskonferenz vertreten worden sei. Zur Besprechung der parteipolitischen Fragen übergehend, erläuterte er die von seinen Freunden vorgelegte Resolution. Nicht nur der neue „Vorwärts" und die Organisationen seien jetzt Werkzeuge nicht mehr des Klassenkampfes, sondern der Regierung und der Bourgeoisie. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, müsse man die Frage der Beitragssperre und der Zugehörigkeit zur Partei behandeln. Der Klassenkampf müsse jetzt geführt werden gegen den Parteivorstand, der die Organisation zum Werkzeug der Bourgeoisie mache gegen die Kolb, Heine, Haenisch, gegen die Scheidemänner und gegen die verschwommenen Gestalten der Minderheit in der alten Fraktion und der Arbeitsgemeinschaft. In diesem Kampf Rücksichten zu nehmen auf Formalien gehe nicht an, es sei ein Machtkampf. Deshalb trete er nebst seinen Freunden nicht für die Spaltung ein; denn sie betrachteten unter dem Belagerungszustand die Organisation als das gegebene Kampffeld. Es gelte, die Partei auf andere Wege zu bringen, damit sie schlagkräftiger werde, als sie sich am 4. August bewiesen habe. Der Hauptton sei auf die Selbstbetätigung und die Aktion der Massen zu legen. Die parlamentarische Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft befriedige nicht; auch sie habe zum mindesten versäumt, in wichtigen Fragen entschiedene Kritik an der Regierung zu üben. Die Beitragssperre sei von Lipinski aus praktischen Erwägungen zurückgewiesen worden. Aber gerade aus praktischen Erwägungen sei sie zu empfehlen. Sie sei das schärfste Mittel der Desavouierung des Parteivorstandes und das einzige Mittel, um die Parteigenossen in der Partei zu halten. Der Kampf müsse mit allen Mitteln geführt werden, selbst **wenn er in der Folge zur Spaltung führe,** und die Gruppe „Internationale" sei der Meinung, daß er zur Spaltung der sozialistischen und der imperialistischen Strömungen in der Partei führen werde. Er empfiehlt dringend die Annahme der Resolution der „Internationale". Ihre Ablehnung würde große Verantwortung auf die Arbeitsgemeinschaft wälzen.

Zur Diskussion standen eine Resolution der Arbeitsgemeinschaft und eine Resolution der Spartakusgruppe. Gegen die Resolution der Spartakusgruppe richtete sich eine Resolution des Genossen Julian Borchardt (Gruppe Internationaler Sozialisten Deutschlands), die von der Kreiskonferenz des Wahlkreises Teltow-Beeskow beschlossen worden ist.

Borchardt, seine Resolution begründend, betont, Teltow-Beeskow habe die von ihm vorgelegte Resolution angenommen, nicht die der Spartakusgruppe, die hier als Vertreter des Kreises erscheinen. Deren Resolution habe man ausdrücklich abgelehnt. Sie sei inkonsequent. Er sei für kein Schutz- und Trutzbündnis mit der Arbeitsgemeinschaft. Nur für gemeinsame Maßnahmen der Opposition zur Abwehr der Gewaltstreiche des Parteivorstandes. Die Beitragssperre durchzuführen sei nach den Ereignissen in Bremen und Braunschweig jetzt verdammte Pflicht der Opposition. Was die Opposition trenne, sei der Mangel an einer Tat. Die Macht liege beim Proletariat; es komme darauf an, dem Proletariat diese Macht zum Bewußtsein zu bringen.

Nach längerer in durchaus sachlichen Formen verlaufener Diskussion folgten die Schlußworte. Der Vertreter der Spartakusgruppe führte aus: Die Anhänger der Arbeitsgemeinschaft würden nach wenigen Monaten genau das beschließen, was die Spartakusgruppe heute verlange und die Arbeitsgemeinschaft ablehne. Die Beitragssperre solle den Parteivorstand zum Kampf stellen, während die Arbeitsgemeinschaft dem Kampf ausweiche. Die Spartakusgruppe kämpfe gegen die Mehrheitsanschauungen mit aller Energie, auch wenn sie im Munde von Arbeitsgemeinschaftlern auftreten.

Genosse Lipinski erklärte, die Spartakusgruppe wolle nur mit der Arbeitsgemeinschaft zusammengehen, wenn sich die Arbeitsgemeinschaft der Spartakusgruppe unterordnet und deren Vorschläge annehme. Damit falle ein Teil der Aufgaben der Besprechung in sich zusammen. Die Beitragssperre entwinde der Opposition u. a. die Waffe der Presse. Diese Taktik sei durchaus verkehrt. Das Vorgehen der Spartakusgruppe bedeute nicht den gemeinsamen Kampf nach rechts, sondern die Selbstzerfleischung.

Es gelte jetzt, gemeinsame Front nach rechts zu nehmen, gegen den Parteivorstand und die Fraktionsmehrheit wie gegen die bürgerlichen Klassen.

Die Abstimmung ergab für die Resolution Borchardt 7 Stimmen, für die Resolution der Spartacusgruppe 34 Stimmen, für die Resolution Lipinski 111 Stimmen.

Ein Antrag Block, der Resolution vom 29. November 1916 des Verbandes der Wahlvereine Groß-Berlins, gegen den Vorwärtsraub zuzustimmen, wird mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Zum Schluß der Besprechung sprach Genosse Kautsky über die Friedensfrage. Seine Anschauungen sind niedergelegt in einem zur Veröffentlichung gelangenden Manifest.

Der Genosse Eisner-München legte ebenfalls eine Resolution zur Friedensfrage vor, die er begründete.

Das Manifest Kautsky sowie die Eisnersche Resolution wurden einstimmig angenommen.

Der Genosse Ledebour verlieh darauf dem Wunsche Ausdruck, daß die Opposition künftig in Verbindung über Deutschland bleiben möge.

Der Genosse Dittmann hielt darauf die Schlußrede. Er führte aus, es ist zum erstenmale gelungen, während des Krieges eine gemeinsame Tagung aller oppositionellen Parteirichtungen abzuhalten. Die Mehrheit hat gewünscht und gehofft, daß es auf dieser Tagung zu stürmischen Auftritten, zum Bruch zwischen Spartacusgruppe und Arbeitsgemeinschaft kommen werde. Ihre Hoffnungen sind enttäuscht worden. Wir haben hier in aller Ruhe und Sachlichkeit verhandelt, dabei sind sehr viele Punkte hervorgetreten, in denen wir durchaus gemeinsam vorgehen können. Aber es wäre durchaus falsch, zu leugnen, daß zugleich eine Anzahl Differenzpunkte über die Methoden und Mittel des Kampfes gegen die Mehrheit der Reichstagsfraktion hervorgetreten sind. Das beste Spiegelbild dieser verschiedenen Anschauungen bilden die hier beratenen Resolutionen.

Jede Gruppe hat ins Land hinauszugehen, um zu wirken im Sinne ihrer Anschauungen. Ich möchte dem Wunsch Ausdruck geben, daß dies ebenso sachlich und loyal geschieht wie hier verhandelt worden ist.

Auch wir Reichstagsabgeordnete haben aus der Diskussion eine große Anzahl Anregungen empfangen, die für unsere Tätigkeit von großem Wert sein werden und die wir berücksichtigen müssen.

Ich schließe hiermit die Verhandlungen.

* * *

Die angenommene Entschließung lautet:

„Seit Ausbruch des Krieges ist der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bestrebt, mit allen Mitteln die Gesamtpartei auf die Politik der Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 festzulegen und sie dieser Politik dienstbar zu machen. Den wachsenden Widerspruch versuchte er durch planmäßige Gewaltmaßregeln unter Verletzung des Organisationsstatuts der Partei niederzuhalten.

Zeichen dieses parteizerrüttenden Treibens sind sein Auftreten in Berlin, Bremen, Duisburg, Frankfurt, Stuttgart, die rechtswidrige Auslieferung der Presse an die Anhänger seiner Politik auch an Orten, wo die Parteiorganisationen in großer Mehrheit auf dem Boden der Opposition stehen, die Maßregelung der Redakteure in Berlin, Bremen, Duisburg und Stuttgart, der Mißbrauch des Parteiausschusses zur Deckung der Vorstandspolitik und seines statutenwidrigen Handelns und das Hinausdrängen der oppositionellen Abgeordneten aus der Reichstagsfraktion.

So hat der Parteivorstand die ihm von der Gesamtpartei auferlegte Pflicht, allen Anschauungen innerhalb der Partei freie Betätigung auf dem Boden des Parteiprogramms zu gewähren, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Parteipresse zu wahren, die Parteipresse zum Kampf gegen den Kapitalismus und die von diesen betriebene Politik zusammenzuhalten, fortdauernd verletzt und mit Absicht zur Förderung seiner Sonderbestrebungen die ihm innerhalb der Organisation zugewiesenen Befugnisse überschritten. Den Parteigenossen erwächst damit die dringende Pflicht, zum Schutze gegen dieses organisationswidrige und die Partei gefährdende Verhalten des Vorstandes, zur Wahrung der Parteigrundsätze und des Parteistatuts einheitlich und entschlossen aufzutreten.

Die Orts- und Kreisorganisationen, deren Mehrheit die Auffassung der Opposition teilt, haben in stete enge Fühlung zueinander zu treten. Dort, wo die oppositionellen Genossen nicht die Mehrheit in der Organisation haben, haben sie im Rahmen des Parteistatuts unermüdlich für die Ausbreitung ihrer Anschauungen zu wirken und zur Erfüllung der der Opposition im Interesse der Partei obliegenden Aufgaben, sowie zur eigenen Belehrung in geeigneter Weise einen Zusammenschluß herbeizuführen.

Die Sperre der Parteibeiträge, die als schärfstes Mißtrauensvotum gegen den Parteivorstand gedacht ist, ist als ungeeignet zurückzuweisen, da sie die finanzielle Macht des Parteivorstandes in keiner Weise ändert und ihm nur eine bequeme, wenn auch im Parteistatut nicht begründete Handhabe bietet, Parteiorganisationen „außerhalb der Partei" zu stellen und ihren Einfluß auf die Entscheidung der Partei auszuschalten.

Diesen Einfluß preiszugeben, wäre ein großer Fehler. Der Parteitag, der nach Wiederherstellung verfassungsrechtlicher Garantien und gründlicher Vorbereitung zusammentritt, soll die Opposition auf ihrem Platze finden, wenn es gilt, darüber zu entscheiden, ob die Partei die alten Bahnen aufgeben soll.

Ziel der Sozialdemokratie ist es, die kapitalistische Produktionsweise, deren Anarchie sich besonders im Kriege gezeigt hat, in die sozialistische umzuwandeln, die politische Macht zu diesem Zweck zu erringen und den Kampf um diese zu einem einheitlichen zu gestalten.

Die während des Krieges vom Parteivorstand betriebene Politik ist damit unvereinbar, weil sie die Bourgeoisie stärkt, bei ihrer Machterweiterung stützt, die Arbeiterklasse dagegen noch mehr spaltet und in der Verfolgung des sozialistischen Zieles hemmt.

Aufgabe der Opposition ist es, die arbeitende Klasse auf das alte Kampffeld zurückzuführen und überall die grundsätzliche Politik der Sozialdemokratie zu fördern.

Zur Erfüllung dieser Aufgabe fordern wir die Parteigenossen auf, im Sinne vorstehender Vorschläge mit tatkräftigem Eifer zu wirken."

* * *

Die von den auf dem Boden der Zeitschrift „Internationale" stehenden Delegierten beantragte Resolution lautete:

1. Die **Zugehörigkeit zu der gegenwärtigen sozialdemokratischen Partei darf von der Opposition nur solange aufrechterhalten werden, als dies ihre selbständige politische Aktion nicht hemmt, noch beeinträchtigt.** Die Opposition verbleibt in der Partei, **nur um die Politik der Mehrheit auf Schritt und Tritt zu durchkreuzen und zu bekämpfen,** die Massen vor der unter dem Deckmantel der Sozialdemokratie betriebenen imperialistischen Politik zu schützen und um die Partei als Rekrutierungsfeld . . . zu benutzen.

2. Dem Parteivorstand ist der ihm zukommende Teil **der Beiträge zu sperren.** Doch darf dieser Beschluß nur von Wahlkreisverbänden oder einzelnen Wahlkreisen gefaßt und durchgeführt werden.

3. Da, wo die Opposition das Uebergewicht hat, ist den Reichstags- und Landtagsabgeordneten der Mehrheit **das Recht, ihre Mandate weiter auszuüben,** durch die zuständigen Wahlkreise öffentlich abzusprechen. **Gegenüber den Mehrheitskandidaturen müssen bei allen Wahlen selbständige Kandidaturen der Opposition aufgestellt werden;** wo letzteres unmöglich ist, ist Stimmenthaltung zu proklamieren.

4. Ausnützung der Parlamentstribüne als Hilfsmittel für die Massenagitation. Den oppositionellen Reichstagsabgeordneten ist die Pflicht aufzuerlegen, bei ihrem parlamentarischen Auftreten den gesamten Reichstag neben der Regierung als verantwortlich für die herrschenden Zustände hinzustellen und nicht von der Regierung an den Reichstag zu appellieren. . . .

Friedensaktion . . . Aufgeben der bisherigen parlamentarischen Friedensaktion, die in gütlichem Zureden der Regierung und Anrufung der bürgerlichen Diplomatie besteht.

6. Verlegung des Schwerpunkts der ganzen politischen Tätigkeit der Opposition . . .

7. Systematischer Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstanzen innerhalb der Gewerkschaften. Zu diesem Zweck Zusammenfassung der auf seiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder.

8. Offenes Schutz- und Trutzbündnis auf der Grundlage der angeführten Leitsätze aller zu einem entschlossenen Kampf gegen die Politik der Parteiinstanzen bereiten Parteiorganisationen und Parteiminderheiten **mit eigener Zentralbehörde und Finanzen.**

Anmerkung: Durch die Schaffung eines solchen Bündnisses darf sowohl die gesonderte selbständige Existenz der einzelnen Oppositionsrichtungen als Organisationen wie ihre Aktionsfreiheit, eigene Presse und Freiheit der Kritik in keiner Weise beeinträchtigt werden, sofern dies nicht durch die Ausführung gemeinsamer Beschlüsse bedingt ist.

* * *

Einem Zirkular der Spartacusgruppe, das zur Beurteilung der Konferenz am 7. Januar von Bedeutung ist, und das Berlin, den 25. Dezember 1916, datiert war, entnehmen wir noch folgendes:

„In der Beilage übersenden wir Ihnen einen Bericht über die Verhandlungen der am 19. November d. J. stattgefundenen Konferenz der Arbeitsgemeinschaft, den ein Chemnitzer Genosse uns zugeschickt hat. Der Genosse ist durch ein Mißverständnis auf der Konferenz erschienen und durfte, wie Sie aus dem Bericht ersehen, an ihren Verhandlungen teilnehmen. Eine Anfrage in Chemnitz, ob wir von diesem Bericht Gebrauch machen können, ist unbeantwortet geblieben. Daher ist auch die Versendung des Berichts an die Genossen im Reiche unsererseits bis jetzt unterblieben.

In Ausführung des Beschlusses dieser Konferenz hat nun die Leitung der Arbeitsgemeinschaft an uns eine Einladung ergehen lassen, an einer gemeinsamen Konferenz der Opposition, deren Abhaltung für den 7. Januar festgesetzt worden ist, teilzunehmen. Auf der Tagesordnung stehen provisorisch: a) Parlamentstaktik, b) Abwehrmaßregeln gegen die Parteiinstanzen. Im einzelnen schreiben die Einberufer in ihrer schriftlichen Einladung:

Die Verhandlungszeit ist auf einen Tag befristet. Teilnahmeberechtigt sind die Mitglieder der Soz. Arbeitsgemeinschaft und der Genosse Rühle (bei keiner Fraktion), ferner Delegierte der Wahlkreisorganisationen, die sich auf den Boden der Opposition stellen. Wir empfehlen für die Wahlkreisorganisationen die Zahl der Delegierten so zu bemessen, wie es zum letzten Parteitag geschah. In den übrigen Wahlkreisen werden sich die oppositionellen Genossen über gemeinsame Delegationen zu verständigen haben.

Mündlich haben die Einberufer diese Angaben uns gegenüber dahin ergänzt, daß es erwünscht sei, überall, wo die Opposition die offizielle Parteiorganisation in ihrer Hand hat, die Delegierten von der letzteren, also von den Mitgliederversammlungen resp. von den zuständigen Instanzen nominieren zu lassen.

Dieser Wahlmodus würde zweifellos der Delegation größeres Gewicht verleihen und ist auch insofern zu empfehlen. Die diesbezüglichen Wünsche der Arbeitsgemeinschaft können jedoch u. E. keinesfalls für uns maßgebend sein. Sollte unsere Richtung die Beteiligung an dieser gemeinsamen Konferenz beschließen, so wird sie sich selbstverständlich als gesonderte selbständige und in sich geschlossene Organisation vertreten lassen. Und da bindende Majoritätsbeschlüsse auf der Konferenz u. E. unbedingt und von vornherein ausgeschlossen sein müssen, so muß es gänzlich uns überlassen bleiben, wie wir unsere Delegierten wählen. Vorläufig kann und darf es sich nur um eine unverbindliche Aussprache und Beratschlagung handeln, woraus sich erst ergeben soll, ob überhaupt und in welchem Maße eine gemeinsame Aktion der gesamten Opposition möglich ist.

In unserem engeren Berliner Kreis sind wir nun der Ansicht, daß der Beschluß, ob wir der Einladung der Arbeitsgemeinschaft folgen sollen, von einer Konferenz unserer Richtung zu fassen ist, die zugleich die Richtlinien für unsere Delegierten festzulegen hätte.

Wir hatten ursprünglich die Absicht, den Genossen die Abhaltung unserer eigenen Konferenz am Ende des Januar oder Anfang Februar vorzuschlagen, um unsere Agitation und Tätigkeit weiter auszubauen. Angesichts der dargelegten Lage haben wir nunmehr beschlossen, die Abhaltung unserer Konferenz zu beschleunigen, und da die Zeit sehr knapp ist, sehen wir uns gezwungen, die Befragung unserer Genossen unterlassen zu müssen. Wir schlagen daher den Genossen überall, wo Mitgliedschaften unserer Richtung bestehen, vor, ihre Delegierten zu unserer Konferenz zu wählen und sie zugleich für den Fall, daß die Konferenz die Beteiligung beschließt, auch mit Mandaten für die gemeinsame Konferenz zu versehen. Die Abhaltung unserer Konferenz setzen wir für Sonnabend, den 6. Januar, um 9 Uhr vormittags, an.

Es ist sehr erwünscht, daß die Delegierten bereits am Freitagabend in Berlin eintreffen. Eine Adresse, wo die Delegierten sich zu melden haben, wird Ihnen nächstens zugehen. Außerdem wird Ihnen eine von der Reichstagsfraktion gezeichnete Einladung zu der gemeinsamen Konferenz zugeschickt werden. Wir machen Sie darauf aufmerksam, daß die Tatsache, daß gerade die Reichstagsfraktion der Arbeitsgemeinschaft diese Einladung versendet, auf äußere Umstände zurückzuführen ist, die wir Ihnen mündlich mitteilen werden; sie hat nur formale Bedeutung. . . .

(Es folgen sodann Ausführungen über Richtlinien, die der an anderer Stelle wiedergegebenen, auf der Konferenz vorgelegten Resolution der Spartacusgrupe entsprechen. - D. Red.)

Wir geben uns keinen Hoffnungen hin, daß die Arbeitsgemeinschaft unsere Forderungen annehmen wird. Wir sind vielmehr der Meinung, daß die gemeinsame Konferenz angesichts der Halbheit der Arbeitsgemeinschaft und ihrer Verwandtschaft in wesentlichen Punkten mit der Mehrheit kaum ersprießliche praktische Resultate zeitigen wird.

Trotzdem glauben wir die Beteiligung an der Konferenz befürworten zu können. Die Arbeitsgemeinschaft beherbergt in sich nämlich, wie dies der Bericht des Chemnitzer Genossen feststellt und unsere Delegierten zur letzten Reichskonferenz wahrgenommen haben, eine ganze Menge Arbeiterelemente, die geistig und politisch zu uns gehören und nur durch Mangel an Berührung mit uns oder aus Unkenntnis der tatsächlichen Beziehungen innerhalb der Opposition und anderen zufälligen Ursachen der Arbeitsgemeinschaft folgen. Es ist für uns von größter Wichtigkeit, diese Elemente aufzuklären, sie dem Einfluß der Arbeitsgemeinschaft zu entreißen und überhaupt den Scheidungsprozeß innerhalb der Arbeitsgemeinschaft zu beschleunigen. Andererseits sind wir berufen — und es wird dies von unschätzbarem agitatorischem Werte sein —, der Opposition mit einem praktischen Aktionsprogramm voranzugehen, zu dem sie sich immer wieder durch die gesamte Entwickelung der Partei gedrängt sehen wird. Wenn die Leitung der Arbeitsgemeinschaft dieses Programm nicht akzeptiert, so wird uns dessen Aufstellung die Möglichkeit geben, unsere Richtung von der Arbeitsgemeinschaft nicht nur grundsätzlich, wie dies bereits auf der Reichskonferenz geschehen, sondern nicht minder bei der Lösung der unmittelbaren praktischen Parteiprobleme scharf und sichtbar für jedermann abzugrenzen, wodurch die Klärung der Situation und die Klarheit in unseren eigenen Reihen nur gewinnen kann.

Mit Gruß! W. K.

PS. Für die Kosten der Delegation müssen die einzelnen Mitgliedschaften aufkommen, da der Stand unserer Finanzen ungünstig ist.

Aus Groß-Berlin.

Die Wiege Berlins.

Den Gründer Roms kennt jedes Schulkind, und wer jemals in Rom gewesen ist, dem hat sicherlich ein geschäftstüchtiger Fremdenführer die Höhle am Tiberufer gezeigt, in der die Zwillinge Romulus und Remus von der Wölfin gesäugt wurden. Auf dem steilen Hügel oberhalb der Höhle, dem Palatin, wurde dann der älteste Teil der ewigen Stadt erbaut.

Die gute Mark Brandenburg hat für die Entstehung romantischer Sagen und Mythen kein günstiges Klima, und von der Gründung Berlins gibt uns kein Heldenlied poetische Kunde. Ja, die wenigsten Berliner dürften ahnen, wo die Wiege ihrer Heimatstadt gestanden hat. Nur die nüchterne Wissenschaft hat sich darum gekümmert, und sie berichtet uns davon.

Die Gegend, die heute Berlin heißt, war, als die ersten Ansiedler sich hier niederließen, eine öde, sumpfige Flußniederung, aus deren morastigen „Jummiwiesen" — so nennt sie der moderne Berliner, der sie von den Grunewaldfennen her kennt — vereinzelte Sandhügel emporragten. Ein solcher Sandhügel erhob sich auch am Ufer der Spreeinsel in der Nähe der heutigen Gertraudtenbrücke. Und auf diesem Hügel haben die ersten Ansiedler, barbarische wendische Fischer, ihre elenden Hütten aus Holz und Stroh erbaut. Von hier aus befuhren sie auf „Einbäumen" (aus einem einzigen gehöhlten Baumstamm hergestellten primitiven Kähnen) den Fluß und warfen ihre Netze. „Kollen" bedeutete in ihrer Sprache soviel wie „Hügel am Wasser", und Kölln nannten sie daher ihre Siedelung. Diese aber wurde die Urzelle, aus der sich im Laufe vieler Jahrhunderte die heutige Weltstadt Groß-Berlin entwickelt hat. Die heidnischen Vorfahren hatten zwar — in des Wortes eigentlichster Bedeutung — „auf Sand gebaut", aber ihr Werk hat trotzdem millionenfältige Frucht getragen.

Wanderer, der du heute die Gegend um die Petrikirche durchstreifst, senke dein Haupt in Ehrfurcht und erfülle deine Phantasie mit dem Gedanken: an dieser Stätte wurde Berlin geboren!

Die Verkehrsangelegenheiten.

Der Verbandsausschuß Groß-Berlin hat in einer am Montag im Rathaus abgehaltenen Sitzung beschlossen, daß — entsprechend den unterm 22. Dezember von den Vertretern des Verbandes, der Handelskammern, der Gewerkschaftskommission und der Unternehmer vereinbarten Bedingungen — die Straßenbahnlinien 1, 11, 43, 47, 48, 69, 80, R, 79, 91, sowie die noch außerdem von der Gewerkschaftskommission vorgeschlagenen Linien 47, 61, 87 und 15 bis 1 Uhr nachts im Betriebe gehalten werden. Der Verbandsdirektor ist verpflichtet worden, auf die Durchführung dieses Beschlusses zu halten. Gegenüber den Klagen der Straßenbahndirektion, daß ihr Betrieb unter Personalmangel zu leiden habe, wurde der Beschluß gefaßt, die Direktion darauf aufmerksam zu machen, daß sie diesem Uebelstande durch bessere Bezahlung ihres Personals sehr wirksam begegnen könne. Die Gewerkschaftskommission sprach außerdem noch den Wunsch aus, daß der Nachtanschluß von Tegel — Linie 28 und 81 — aufrechterhalten werde. Ueber diesen Punkt sind die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen.

Zur gleichen Zeit fand im Berliner Polizeipräsidium eine Konferenz über die Schaffung eines regelmäßigen Güterverkehrs bei der Großen Berliner Straßenbahn unter Vorsitz des Dezernenten für das Polizeiverkehrswesen, Oberregierungsrat Dr. Haafelau statt. An der Sitzung nahmen Vertreter des Kriegsamts, der königlichen Eisenbahndirektion, des stellvertretenden Generalkommandos des Gardekorps und des III. Armeekorps, des Zweckverbandes Groß-Berlin und der Großen Berliner Straßenbahn teil. Die Sitzung war durch das Kriegsamt veranlaßt worden, das Mittel und Wege finden will, die großen Schwierigkeiten des Gütertransports im Interesse des Heeresbedarfs zu beheben. Die Straßenbahndirektion steht der Anregung im großen und ganzen nicht ablehnend gegenüber, doch ist nach ihrer Ansicht diese Angelegenheit nicht so leicht durchzuführen, als es den Anschein hat. Jedenfalls werde es umfangreicher Vorbereitungen bedürfen, um den Gütertransport in der vom Kriegsamt gewünschten Weise in die Wege zu leiten. Bei der Schwierigkeit und Mannigfaltigkeit der in Betracht kommenden Verhältnisse, konnten die Besprechungen noch nicht zum Abschluß gebracht werden.

Der Nachtverkehr der „Großen Berliner".

Vom 10. d. M. ab wird nach einer Besprechung, die im Polizeipräsidium stattfand, auf folgenden Linien der Großen Berliner Straßenbahn und ihrer Tochtergesellschaften der Betrieb in den Nachtstunden erweitert:

Linie 26. Bisher letzte Fahrt 11.53 ab Alexanderplatz nach Reinickendorf; noch eine Fahrt 11.34 ab Reinickendorf-Schönholz und 12.15 ab Alexanderplatz nach Reinickendorf, Pankower Allee. — Sonntags besteht Verbindung bereits.

Linie 55. Wochentags bisher letzte Fahrt 12.13 ab Behrenstraße nach Britz; noch drei Fahrten 11.33, 11.53 und 12.13 ab Britz (Rathaus) und 12.35, 12.55 und 1.15 ab Behrenstraße. — Sonntags ab Britz 11.46, 12.06 und 12.26; ab Behrenstraße 12.35, 12.55 und 1.15.

Linie 74. Wochentags bisher letzte Fahrt 12.04 ab Kniprodestraße; noch drei weitere Fahrten 11.28, 11.48 und 12.08 ab Schöneberg, Eberstraße; 12.24, 12.44 und 1.04 ab Kniprodestraße bis Schöneberg, Mühlenstraße. — Sonntags in beiden Richtungen 3 Minuten später.

Linie A. Wochentags und Sonntags bisher letzte Fahrt 12.04 ab Linkstraße. Noch die Fahrten 11.27 und 11.57 ab Hundekehle und 12.25, 12.45 ab Linkstraße bis Halensee, Ringbahnhof.

Linie K. Wochentags und Sonntags bisher letzte Fahrt 12.17 ab Linkstraße. Noch eine Fahrt 11.48 ab Lichterfelde, Händelplatz und 12.37 ab Linkstraße bis Lichterfelde, Straßenbahnhof.

Linie 164. Sonntags der Wagen 10.28 ab Spittelmarkt wird statt bis Charlottenburg, Wilhelmplatz, nach Siemensstadt durchgeführt.

Linie F. Der Wagen 12.24 ab Zoologischer Garten nach Lichterfelde, Straßenbahnhof, verkehrt auch Sonntags.

Gegen die Erhöhung des Gaspreises.

Die „Kommunale Praxis" äußert sich in sehr treffender Weise über die Gaspreiserhöhungen seitens einzelner Gemeinden. Wir entnehmen den Ausführungen folgendes: Die Preiserhöhungen sind in den einzelnen Städten verschieden und wirken auch verschieden. Eine Wirkung aber haben sie alle gemeinsam, nämlich die einer indirekten Besteuerung. Dieser Umstand macht die Gaspreiserhöhung besonders unsympathisch, wenn man auch sonst anerkennen will, daß die Abgabepreise den Erzeugungskosten zu entsprechen haben. Während zur Durchführung anderer Gemeindeeinrichtungen und zur Deckung des hierzu nötigen Aufwands alle Einwohner je nach ihrer Zahlungsfähigkeit herangezogen werden, werden zur Deckung des jetzt entstandenen Mehraufwands der städtischen Gasanstalten die speziellen Verbraucher je nach ihrem Verbrauch herangezogen. Könnte man nicht mit demselben Rechte den Mehraufwand für Theater, die Herstellung und Unterhaltung von Reit- und Radfahrwegen und noch manches andere ausschließlich von den Benutzern solcher Einrichtungen gedeckt verlangen? Hier aber legt man die Kosten der Allgemeinheit auf oder man zieht, wie bei den Theatern, die Benutzer nur bis zu einer gewissen Höhe heran, deckt aber die nicht unbeträchtlichen Mehrausgaben aus Steuern, zu denen alle Einwohner beitragen. Warum sollte, noch dazu in der jetzt so schweren Zeit, ein ähnlicher Weg nicht gangbar sein, wenn der gewohnte Ueberschuß aus den städtischen Gasanstalten geringer wird oder geringer zu werden droht? Man wird annehmen dürfen, daß es die minderbemittelte Bevölkerung ist, die von der Gaspreiserhöhung verhältnismäßig am stärksten betroffen wird. Ist doch in den letzten Jahren vor dem Kriege gerade in diesen Kreisen und mit vielem Erfolg für die Verwendung von Gas Stimmung gemacht worden. Wesentlich erleichterte Bestimmungen wurden getroffen, um alte und neue Häuser mit Gasleitungen zu versehen. Und als nach Kriegsausbruch sich Mangel an Petroleum einstellte, haben zahlreiche kleine Familien die Kosten der Gaseinrichtungen auf sich genommen, um Gas zu verwenden. Und nun kommt plötzlich, unerwartet und doppelt fühlbar, die Erhöhung des Gaspreises.

Ja, wenn es keine Höchstpreise gäbe —!

Die Festsetzung von Höchstpreisen kann nicht nur privaten Gewerbetreibenden, sondern manchmal auch einer Gemeindeverwaltung einen dicken Strich durch die Rechnung machen. So ist es den Gaswerken der Stadt Berlin ergangen, als sie ihre bei der Gaserzeugung sich ergebenden Nebenprodukte zu den in der Kriegszeit gestiegenen Preisen verkauften. Eine Mitteilung darüber finden wir in ihrem Jahresbericht für das Verwaltungsjahr 1914/15, der von der Direktion sonderbarerweise erst im November 1916 abgeschlossen und vom Magistrat erst jetzt im Januar 1917 veröffentlicht worden ist. Was bei der Gaserzeugung „nebenbei abfällt", läßt sich auch in Friedenszeiten so vorteilhaft verkaufen, daß in der Regel der Erlös daraus die Ausgaben für Gaskohlen annähernd aufwiegt. In 1914/15 wurden für Nebenprodukte, hauptsächlich für Koks, Kohlenteer, Ammoniak, zusammen $15^1/_2$ Millionen Mark eingenommen, wovon Koks allein $11^3/_4$ Millionen Mark brachte. Dem Bericht entnehmen wir, daß bei Koks „die Nachfrage eine sehr lebhafte" war. Weiter meldet der Bericht, daß Teer „bei steigenden Preisen flott abgenommen" wurde, daß Graphit „bei steigenden Preisen glatte Abnahme fand" und daß der Absatz von schwefelsaurem Ammoniak nach Ausbruch des Krieges „sich bei wesentlich höheren Preisangeboten bedeutend steigerte". Für Ammoniak wurden jedoch, fügt der Bericht hinzu, „Höchstpreise festgesetzt, so daß wir um einen nicht unerheblichen Teil des aus diesem Geschäftszweig erhofften Gewinnes kamen". Das klingt ja fast wie Verdruß darüber, daß die Höchstpreisfestsetzung den erhofften Gewinn schmälerte.

Müssen die Friseure um 7 Uhr schließen?

Das Friseurgewerbe ist ein Handwerk, das in Ladenlokalitäten ausgeübt wird. Nebenbei findet aber in diesen Geschäften auch ein meist geringfügiger, teilweise aber umfangreicher Verkauf statt, zu welchem Zwecke dann ein besonderer Verkaufsraum vorhanden ist. Mit dieser Doppelstellung des Friseurgeschäftsbetriebs als Handwerk und Ladengewerbe hat die Gewerbeordnung sich bis heute noch nicht abfinden können. Um die Möglichkeit zu schaffen, einen örtlich einheitlichen Ladenschluß an Sonntagen auf gesetzlicher Grundlage einzuführen, wurde eigens der § 41b in die Gewerbeordnung eingeführt; es besteht aber bis jetzt noch keine Bestimmung, die diese Möglichkeit auch für den Ladenschluß an Wochentagen bietet.

Die neuen Bundesratsvorschriften beziehen sich auf die Verkaufsläden und damit auch auf den Verkauf in den Friseurgeschäften, der nur bis 7 Uhr stattfinden darf. Sie können jedoch nicht ohne weiteres auf das Friseurgewerbe ausgedehnt werden. Die Friseure selber wünschen dies, wenn ihnen die Ausnahme zugestanden wird, bis 8 Uhr abends, Sonnabends bis 9 Uhr, offen zu halten. Anfragen beim Polizeipräsidium, ob und in welcher Weise die Ladenschlußzeit auf die Friseurgeschäfte Anwendung finde, blieben ergebnislos. Das Polizeipräsidium teilte mit, daß der Dezernent der Gewerbepolizei sich beim Minister um eine Klarstellung bemühen werde. Am Sonntag erhielt man dann durch die Presse die Auskunft, alle Ladengeschäfte, also auch Friseurläden, hätten um 7 Uhr, Sonnabends um 8 Uhr, zu schließen.

Damit wissen die Friseure noch immer nicht, woran sie sind; ob sie nach 7 Uhr noch arbeiten dürfen oder nicht.

Ihre Arbeitszeit an Wochentagen ist gesetzlich unbegrenzt. Sollte ihnen jetzt verwehrt sein, nach 7 Uhr, Sonnabends nach 8 Uhr, zu arbeiten, dann könnten sehr viele Friseure an Wochentagen ganz und gar schließen. Denn ein großer Teil der Arbeiter hat an Wochentagen vor 7 Uhr keine Zeit, ihre Dienste in Anspruch zu nehmen. Die Notiz am Sonntag brachte keine klare Entscheidung, statt dessen aber große Beunruhigung in allen Barbierstuben. Der Gehilfenverband, der mit Anfragen bestürmt wird, gibt die Auskunft, um 7 Uhr zwar nicht zu schließen, wohl aber von dieser Zeit an nichts mehr zu verkaufen.

Die Angelegenheit bedarf nach wie vor einer sachdienlichen, das Publikum wie die Friseure befriedigenden Regelung in der Weise, daß — wie es in Hamburg geschehen ist — die Betriebsruhe um 8 Uhr abends, Sonnabends um 9 Uhr, für die Friseurgeschäfte Groß-Berlins alsbald angeordnet wird.

Kleinwohnungsmangel in Charlottenburg.

Aus der in Groß-Berlin einheitlich durchgeführten Zählung **leerstehender Wohnungen**, die am 15. Mai 1916 stattfand, ist das Ergebnis für Charlottenburg jetzt vom Charlottenburger Statistischen Amt veröffentlicht worden. Das Ergebnis für **Berlin** wurde, nach Veröffentlichung der Hauptzahlen durch das Berliner Statistische Amt, bereits im „Vorwärts" (Nr. 258) besprochen. Für **Charlottenburg** hat die Zählung ergeben, daß im Mai 1916 von den **Wohnungen ohne Gewerberäume** 3283 leerstanden, 3,94 Prozent ihrer Gesamtzahl. Gegenüber der Zählung vom Oktober 1915, wo von den Wohnungen ohne Gewerberäume noch 3818 oder 4,62 Proz. leerstanden, ist eine nicht unbedeutende **Minderung der Leerwohnungen** zu verzeichnen. Dagegen übertrifft die für Mai 1916 ermittelte Zahl der Leerwohnungen dieser Art immer noch diejenigen von Oktober 1914, die sich erst auf 3062 oder 3,73 Proz. belief. Während die Zunahme von 1914 zu 1915 aus einer Einschränkung des Wohnungsbedarfs erklärt werden kann, muß man die Ursache des von 1915 zu 1916 eingetretenen Rückgangs hauptsächlich in dem Stillstand der Bautätigkeit suchen.

Eine Betrachtung der einzelnen Wohnungsgrößenklassen zeigt, daß von 1915 zu 1916 **besonders bei den mindergroßen und den kleinen Wohnungen**, bei den Wohnungen mit drei Zimmern und noch stärker bei denen mit zwei Zimmern, **die Zahl der leerstehenden abgenommen** hat. Die leerstehenden Wohnungen mit zwei Zimmern hatten schon von 1914 zu 1915 eine sehr fühlbare Einbuße, und für denselben Zeitraum wurde auch bei den Wohnungen mit nur einem Zimmer (abgesehen von denen ohne Küche) ein ganz außerordentlicher Rückgang beobachtet. Bei den letzten drei Leerwohnungszählungen Charlottenburgs — Oktober 1914, Oktober 1915, Mai 1916 — wurden unter den Wohnungen ohne Gewerberäume als leerstehend ermittelt: 88, 108, 118 mit einem Zimmer ohne Küche, 306, 147, 126 mit einem Zimmer und Küche, 790, 567, 349 mit zwei Zimmern, 600, 876, 697 mit drei Zimmern, 397, 675, 615 mit vier Zimmern, 881, 1445, 1378 mit mehr Zimmern. Die Minderung der Leerwohnungen hatte zur Folge, daß von 1914 bis 1916 der Anteil leerstehender Wohnungen an den betreffenden Größenklassen sich bei den Wohnungen mit einem Zimmer und Küche von 1,99 Proz. auf nur noch 0,82 Proz., bei denen mit zwei Zimmern von 2,91 Proz. auf nur noch 1,27 Proz. verringerte. Diese Anteilziffern liegen schon weit unter den als normal anzusehenden und sind so gering, daß **den kleinen Mietern die Wohnungsbeschaffung erschwert** ist. In den mittleren und oberen Größenklassen, bei Wohnungen mit drei, vier, fünf usw. Zimmern, kam es von 1914 zu 1915 überall zu einer bedeutenden Mehrung des Leerwohnungsanteils, von 1915 zu 1916 dagegen ziemlich überall zu einer Minderung, die aber nur bei den Dreizimmerwohnungen beträchtlich war. Die Anteilziffer der Leerwohnungen war, wenn nicht in den mittleren, so doch in den oberen Größenklassen in 1916 immer noch reichlich, z. B. bei drei Zimmern 4,42 Proz., bei vier 7,68 Proz., bei fünf 9,40 Proz. usw. Daß bei wieder steigender Nachfrage nach solchen Wohnungen es hier zu einem Wohnungsmangel kommen könnte, ist einstweilen nicht anzunehmen. **Mit Sorge muß man aber der weiteren Entwicklung bei den kleinen Wohnungen entgegensehen:** sie würden bei rascher Steigerung der Nachfrage sehr bald recht knapp werden. An der Minderung von Leerwohnungen der unteren Größenklassen um mehrere Hundert wird nichts dadurch geändert, daß wenigstens bei den Wohnungen mit nur einem Zimmer ohne Küche die leerstehenden sich um einige Dutzend gemehrt haben. Im übrigen dürften diese kleinsten Wohnungen ohne Küche, die „Kochstuben", meist ganz elende und kaum noch vermietbare Löcher sein. Der starke Verbrauch von Kleinwohnungen, den die Kriegszeit gebracht hat, läßt auf **Abwanderung aus größeren Wohnungen in kleinere** schließen. Das Charlottenburger Statistische Amt weist auf das Bedenkliche der Minderung des Angebots von Kleinwohnungen hin, dessen jetzt so geringe Höhe in keinem Verhältnis zu der nach dem Kriege zu erwartenden Nachfrage nach Kleinwohnungen steht.

Die leerstehenden **Wohnungen mit Gewerberäumen** können nicht als Ersatz dienen. Hiervon wurden bei den letzten drei Leerwohnungszählungen im ganzen 561, 876, 776 ermittelt, woran beteiligt waren zum Beispiel die Wohnungen aus nur einem Zimmer ohne Küche mit 84, 124, 115, aus einem Zimmer und Küche mit 212, 333, 269, aus zwei Zimmern mit 171, 243, 223, und so weiter. Auch hier ist, wenigstens von 1915 zu 1916, eine Minderung zu bemerken. Der Leerwohnungsanteil an der Zahl aller Wohnungen mit Gewerberäumen war bei den letzten drei Zählungen mit 7,62 Proz., 11,86 Proz., 10,57 Proz. sehr reichlich, aber damit ist den Mietern von Kleinwohnungen ohne Gewerberäume nicht geholfen. Nach dem Kriege könnten sie leicht eine **Wohnungsnot erleben, wenn nicht rechtzeitig für Mehrung der Kleinwohnungen gesorgt wird.**

Die vollständige Mondfinsternis, die Montagmorgen auch bei uns sichtbar war, konnte in dem westlichen Teile Groß-Berlins auch mit freiem Auge gut verfolgt werden. Direktor Archenhold beobachtete sie von der Treptowsternwarte aus. Nach seinen Angaben war der Himmel bis 5/4 6 Uhr bewölkt, heiterte sich dann aber rasch auf, so daß das Herantreten des Erdschattens an den Mond sehr deutlich beobachtet werden konnte. Nachdem der Mond teilweise verfinstert war, trat eine sehr merkwürdige Helligkeit an dem verfinsterten Rande des Mondes ein. Bis fast zum Schluß der Beobachtungen war im Fernrohr der immer größer werdende verfinsterte Teil zu sehen. Besondere Färbungen waren nicht zu bemerken. Der Mond war infolge des tiefen Standes zum Horizont rötlich gefärbt. Er war so klar, daß fast bis an den Rand des Horizontes die letzte schmale Sichel vor Eintritt der vollständigen Verfinsterung zu sehen blieb. In diesem Teil des Ereignisses nahm der verfinsterte Teil des Mondes die Farbe des blaugrauen Himmelsgrundes an, so daß nichts mehr zu sehen war. Die Finsternis konnte von ihrem Eintritt an 6 Uhr bis 7 Uhr 49 beobachtet werden, dann sank der Mond unter den Horizont.

Berlin W. im Dunkeln. Durch den Bruch eines Kabels entstand am Montagabend im Westen von Berlin eine große Störung in der Versorgung dieses Stadtteils mit Licht und Kraft. Um 5½ Uhr gingen am Potsdamer Platz, im Tiergarten, in der Ausstellung am Zoo, in allen Lokalen mit elektrischer Beleuchtung, in zahlreichen Wohnungen, Straßen und Fabriken, Geschäftsräumen, Läden mit einem Schlage die elektrischen Lampen aus, die Maschinen standen still, das Geschäftsleben stockte und Dunkelheit, Ruhe und manchmal auch Unruhe trat an die Stelle der abendlichen Geschäftigkeit. Niemand konnte sich die plötzliche Dunkelheit erklären, alle Welt wurde mit Fragen bestürmt, keiner konnte eine richtige und erschöpfende Auskunft erteilen. In der Kraftstation der städtischen Elektrizitätswerke, in der Königin-Augustastr. 35/37, neben dem Reichsmarineamt, war infolge eines Kabelbruchs Kurzschluß entstanden. Die Maschinen mußten angehalten und die Kessel durften nicht mehr beschickt werden. Erst nach zweistündiger angestrengter Arbeit war die Störung soweit behoben, daß die Maschinen wieder arbeiten konnten.

Neue Films. „Schwert und Herd" nennt sich der neue große Film, der am Sonnabend zum erstenmal in der Philharmonie zugunsten der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge aufgeführt wurde. Fritz Skowronnek hat die handfeste Handlung vorgezeichnet (etwas in Schwarz-Weiß-Manier der Guten und der Bösen), Viktor Mendel, der Regisseur der National-Film-Ges., hat sie geschickt in Leben und Bewegung umgesetzt. Zwei gesellschaftliche Kreise schneiden sich, zwei Liebesgeschichten gehen parallel. Vorgänge in der Großgrundbesitzerwelt und in einer ländlichen Schmiedefamilie durchkreuzen sich. Sehr schön ist das Erntefest geraten. Dann kommt der Krieg mit Wunden und Tod, Verzweiflung und neuen Hoffnungen. Das Gut wird aufgeteilt und Kriegsverletzte beginnen dort auf seinen Parzellen ein neues Leben. Die Tendenz ist nicht aufdringlich, und die Kriegsdarstellung hascht nicht nach Sensationen, verfehlt aber besonders in der Sterbeszene des fünften Aktes nicht ihren starken Eindruck. Die schauspielerische Besetzung, an der besonders Kräfte des Hoftheaters beteiligt sind, ist durchweg zu loben. — Einen Riesenfilm bringen auch die Union-Theater: Tyrannenherrschaft. In buntbewegten Szenen wird die Geschichte Polens vor uns lebendig — in Einzelschicksalen wie in geschickt bewältigten Massen. Mitglieder des Krakauer National-Theaters spielen die Hauptrollen, das Volk und das Heer wird von polnischer Jugend und österreichischen Truppen dargestellt. Es sind packende Bilder aus der polnischen Geschichte, zunächst in den Tagen Kosciuskos: Verschwörungen, Aufstände, Verräterei aus abgewiesener Liebe, Verbannung nach Sibirien. Dann 100 Jahre später: Polen im Weltkriege, verkörpert durch abenteuerliche und spannende Schicksale einiger Legionäre. Eine Flucht im Flugzeug, die Wiedereroberung Przemysls bilden Höhepunkte. Der Schluß bringt die Proklamation des neuen Polens. Mancher wird dieses Genre eines Geschichtsfilms nicht mögen, aber jeder wird die erheblichen Einzelleistungen, die vielen malerischen Gruppenszenen anerkennen müssen.

Mit der Wohnungsfürsorge für kinderreiche Familien beschäftigt sich der bekannte Sozialpolitiker H. Kötschke. Um das nötige Material zu erhalten, bittet er alle Familien mit 7 und mehr Kindern, ihm Mitteilungen darüber zu machen: 1. Inwiefern sich die Schwierigkeiten, eine brauchbare Wohnung zu erhalten, entwickelt und im Laufe der Zeit erhöht haben; 2. wieviel von ihren Gesamtausgaben die Wohnungsmiete beansprucht; 3. ob die bewohnten Räume einigermaßen ausreichen; 4. ob der Wunsch, aufs Land zu ziehen, besteht.

Wir unterstützen diese Aufforderung und bitten alle, die es angeht, ihre Mitteilungen, die übrigens auf strenge Vertraulichkeit rechnen können, an die Adresse „Hermann Kötschke, Berlin SW 47, Lichterfelder Str. 28" gelangen zu lassen.

Das kommunale Wahlrecht der Kriegsteilnehmer. Im Sommer 1915 ist zur Sicherstellung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer der Stadt- und Landgemeinden im Gesetzeswege die Befugnis gegeben worden, für die Jahre 1915 und 1916 durch Gemeindebeschluß anzuordnen, entweder, daß von einer Aufstellung, Berichtigung und Auslegung der Liste der stimmfähigen Bürger (Gemeindemitglieder) abgesehen und bei Wahlen die letzte endgültige Liste zugrunde gelegt wird, oder, daß bei der gesetzmäßigen Aufstellung (Berichtigung) der Listen hinsichtlich der Kriegsteilnehmer, die den sonstigen Voraussetzungen für den Erwerb und die Ausübung des Bürger- (Gemeinde-) Rechtes genügen, eine etwaige Minderung der veranlagten Steuersätze oder der Einkommenbezüge außer Betracht bleibt.

Es ist damit zu rechnen, daß die Geltungsdauer dieser gesetzlichen Bestimmungen in allernächster Zeit auf das Jahr 1917 erstreckt wird.

Familienunterstützung während der Strafverbüßung des Kriegsteilnehmers. Das Reichsamt des Innern hat an die einzelstaatlichen Regierungen das Ersuchen gerichtet, Familien solcher Kriegsteilnehmer, die eine Strafe zu verbüßen haben, auf dem Wege der Kriegswohlfahrtspflege zu unterstützen. Die Familienunterstützung wird künftig nur dann völlig in Wegfall kommen, wenn der Kriegsteilnehmer wegen Fahnenflucht bestraft wurde, oder wenn die Ausstoßung aus dem Heere erfolgte. Mit der Bestrafung des Kriegsteilnehmers allein hört die Familienunterstützung jedoch aus Reichsmitteln nicht auf; sie ist auch weiter zu leisten für den Fall der Strafaussetzung, und der Reichskanzler hat an den preußischen Kriegsminister bereits das Ersuchen gerichtet, im Einvernehmen mit den anderen Kriegsministern darauf hinzuwirken, daß von dem Recht der Strafaussetzung in weitgehendem Maße Gebrauch gemacht wird.

Bestands- und Bedarfsanmeldung für Leim. Jeder, der am Beginn eines Kalendermonats Leim (Lederleim, Hasenleim, Knochenleim, Mischleim) in einer Gesamtmenge von mindestens 100 Kilogramm in Gewahrsam hat, ist verpflichtet, bis zum 10. jeden Monats seinen Bestand anzugeben. Die Meldungen sind auf den vom Kriegsausschuß für Ersatzfutter, Berlin, ausgegebenen Vordrucken zu erstatten, die bei den Handelskammern und Handwerkskammern sowie bei den größeren industriellen Fachverbänden zu beziehen sind. Der Meldepflicht unterliegen nicht nur die Leimfabrikanten und Händler (auch Drogen-, Eisenwaren- und andere Händler, welche Leim nicht als Hauptartikel führen) sowie die Spediteure, sondern auch die Leimverbraucher, selbst wenn sie ihren Bedarf auf längere Zeit gedeckt haben, Unterlassung der Meldung ist mit Strafe bedroht.

Der neue Fahrplan der Stadt- und Ringbahn, dessen erster Teil am morgigen Mittwoch in Kraft tritt, wird bis zum 1. Juni Gültigkeit haben. Der zweite Teil soll erst am 21. d. M. eingeführt werden. Am 10. d. M. treten auf folgenden Strecken Aenderungen ein: Berlin—Königswusterhausen, Spandau—Strausberg, Berlin—Spandau—Nauen, Berlin—Bernau, Berlin—Tegel—Velten, Berlin—Oranienburg, Berlin—Groß-Lichterfelde-Ost, Berlin—Zossen, Berlin—Werder und auf der Wannseebahn. Der Verkehr auf der Stadt- und Ringbahn sowie den Strecken nach Grünau und Potsdam—Stadtbahn—Erkner ändert sich erst am 21. d. Mts. Der geänderte Fahrplan wird in zwei Teilen, der erste am 10., der zweite am 21. d. Mts. bei den Fahrkartenausgabestellen zum Einzelpreise von 10 Pf. zu haben sein. Der Taschenfahrplan der Stadt- und Ringbahn kann erst zum 1. Februar fertiggestellt werden und wird gleichfalls an den Fahrkartenausgabestellen zu haben sein. Ueber die Aenderung auf der Strecke Lehrter Bahnhof—Finkenkrug—Nauen steht bis jetzt fest, daß zwischen Spandau-West und Finkenkrug—Nauen noch folgende Züge ausfallen: ab Lehrter Bahnhof 8.50 vorm., 2.20, 4.11 nachm., 8.23 abds., der letzte Zug fährt jetzt nach Nauen, ab Lehrter Bahnhof 11.53 abds., d. h. ungefähr eine Stunde früher als bisher. Statt von Nauen verkehren folgende Züge jetzt von Spandau-West 9.17, 11.42 vorm., 6.09, 10.52 abds., an Lehrter Bahnhof 9.42 vorm., 12.07, 6.34, 11.18 nachm. Der letzte Zug ab Nauen fährt jetzt 10.52, an Lehrter Bahnhof 11.47, statt bisher 12.08 nachts. Auf der Strecke Berlin-Lehrter Bahnhof, Döberitz—Wustermark werden voraussichtlich keine Aenderungen mehr eintreten.

Die Eisenbahnverbindungen Köln—Berlin. Ein neuer Fahrplan wird am 10. Januar von der Mehrzahl der westlichen Direktionen der preußischen Staatsbahnen eingeführt, gleichzeitig auch in Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, bei der Lübeck—Büchener Eisenbahn usw. Auch einige östliche Direktionsbezirke erhalten neue Fahrpläne, so Stettin, Posen, Breslau und Kattowitz. Man darf sich aber die neuen Fahrpläne nicht so vorstellen, als ob nun wiederum zum dritten Male alles geändert würde. In der Hauptsache handelt es sich um eine Entspannung der Schnellzugsfahrpläne in dem Dreieck Berlin—Köln—Hamburg—Berlin. Auch auf anderen Strecken finden einzelne Aenderungen statt, während die Einschränkungen bei den Personenzügen im allgemeinen als abgeschlossen gelten können. Wir bringen zunächst die Verbindungen zwischen Berlin—Köln — eine Zusammenstellung, wie man sie erst im Reichskursbuch Anfang Februar finden wird. Bis auf wenige Zügen ändern sich die Fahrzeiten. Man fährt von der Friedrichstraße in Berlin mit den D-Zügen 7.50, 8.21, 11.11, 11.20 vormittags, 12.33, 2.37, 9.12 nachmittags. Man ist in Köln 3.34, 6.35, 9.28, 11.16, 12.17, 7.26. Außerdem geht ein Eilzug 7.50 nachmittags, an Köln 7.12. Vom Potsdamer Bahnhof gehen D-Züge 11.32 vormittags, 12.55 und 9.02 nachmittags, an Köln 11.00, 11.50 und 8.08. Außerdem geht 3.48 nachmittags ein Eilzug nach Düsseldorf, an 2.47. Von Köln fährt man mit den D-Zügen 6.23, 10.10, 12.09, 1.11, 1.21, 3.33, 9.29 nach der Friedrichstraße, an 4.40, 8.09, 9.52, 11.43, 11.57, 1.00, 7.56. Ein Eilzug geht von Köln 6.40 vormittags, an der Friedrichstraße 5.34 nachmittags. Von Köln nach dem Potsdamer Bahnhof fährt man 8.20, 9.34 vormittags, 11.22 nachmittags, an 7.54, 7.10, 10.24.

Brot- und andere Lebensmittelkarten an Urlauber. In der Zeit vom 23. bis zum 31. Dezember wurden auf den Berliner Bahnhöfen an mehr als 53 000 aus den Städten Groß-Berlins stammende Militärurlauber Brot- und andre Lebensmittelkarten für insgesamt 380 000 Verpflegungstage ausgegeben. Dank der neuen Einrichtung der Aushändigung der Karten auf den Bahnhöfen durch militärische Stellen, wie diese zwischen Militärverwaltung und dem Magistrat verabredet worden war, vollzog sich die Abfertigung ohne Schwierigkeit und Stockung.

Die Verwertung der Graupen. Zu einem von uns kürzlich unter der Ueberschrift „Um Heizmaterial zu sparen" gebrachten kleinen Artikel wird uns von kundiger Seite geschrieben: Um grobe Graupen weich zu bekommen, genügt eine Kochzeit von 1½ bis 1¾ Stunden. Will man aber grobe Graupen mit besonders gutem Geschmack mittags auf dem Tisch haben, dann empfehlen wir eine andere Zubereitung, und dabei wird auch gleich Heizmaterial gespart: Grobe Graupen setzt man am besten, wie Erbsen, Bohnen und Linsen, am Abend vorher mit kaltem Wasser an, rührt die Graupen der Sauberkeit halber tüchtig durch und schüttet das Wasser dann weg. Nun gießt man frisches Wasser darauf, und in diesem läßt man die Graupen in 30 Minuten kochen, und fertig ist das Gericht. Eine Beigabe von frischem Gemüse, wie Möhren, Kohlrabi, Pilze, Blumenkohl, Spargel, Tomaten erhöht die Schmackhaftigkeit; auch die Zugabe von Kartoffeln ist zu empfehlen. In Süd- und Westdeutschland kocht man grobe Graupen mit Backpflaumen.

Die zweite (Vormittags-) Postbestellung in den Vororten ist nunmehr bis auf weiteres gänzlich fortgefallen. Es wird nur noch höchstens dreimal bestellt. Wo die Verhältnisse es zulassen, erfolgt am Sonnabendnachmittag eine zweite Paket- und Geldbestellung.

Das Opfer einer Gasvergiftung. Zu unserer Notiz in Nr. 5 des „Vorwärts" wird uns berichtigend mitgeteilt, daß der Arbeiter Tonn am Tode seines Kollegen Mohr unschuldig ist. Die beiden haben an dem kritischen Tage überhaupt nicht zusammen gearbeitet. Obwohl Tonn bisher weder polizeilich noch gerichtlich vernommen worden ist, hat man ihn, der seit 19 Jahren auf dem Gaswerk arbeitet, Knall und Fall entlassen, ohne überhaupt in eine Erörterung der Schuldfrage einzutreten. Damit ist die Angelegenheit natürlich nicht erledigt und der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wird alle möglichen Schritte tun, um Tonn zu seinem Recht zu verhelfen.

Die Unsicherheit in den Vororten nimmt überhand. Aus Tegel wird uns berichtet, daß dort im Schloß Tegel und in jedem Landhaus nicht einmal, sondern zwei- und dreimal eingebrochen worden ist. Die Einbrecher, vermutlich ein und dieselbe Bande, haben nicht nur Lebensmittel, sondern alles, was nicht niet- und nagelfest war, mitgenommen. Bisher waren alle Nachforschungen nach den Spitzbuben vergeblich. Auch aus Lichterfelde, Dahlem, Nikolassee usw. kommen viele Berichte über Einbrüche.

Eine Einbrecherbande, die seit einiger Zeit besonders die Umgegend des Neukölliner Ringbahnhofes heimsuchte, ihre Streifzüge aber auch über Berlin, Schmargendorf usw. ausdehnte, wurde von der Neukölliner Kriminalpolizei unschädlich gemacht. Sie bestand aus einem alten Zuchthäusler Paul Neumann und zwei jungen Burschen, die diesem die Gelegenheiten auskundschafften und beim Verkauf der Beute helfen mußten. Die Bande stahl alles, was ihr erreichbar war, hauptsächlich aber Lebensmittel.

Verwechslung einer Leiche. Im Kreiskrankenhause Britz war der 50jährige Arbeiter K. gestorben. Zu der Beisetzung erschien unter anderen Verwandten auch ein Soldat, der den Verstorbenen noch einmal sehen wollte. Als man den Sarg öffnete, stellte sich heraus, daß er nicht die Leiche des K., sondern die eines Greises enthielt. Eine telephonische Anfrage im Kreiskrankenhause Britz ergab, daß eine Verwechslung vorgekommen war. Der Beteiligten bemächtigte sich naturgemäß eine lebhafte Erregung, die sich um so mehr steigerte, als der Austausch der Leichen volle drei Stunden dauerte, sodaß die um ½3 Uhr angesetzte Beisetzung erst um ½6 Uhr stattfinden konnte.

Bruder und Schwester vermißt. Seit dem 2. d. M. sind die 17jährige Ella Fischer und deren Bruder, der 13jährige Hans Fischer aus Neukölln, Kinder des Werkmeisters Georg Fischer, Bodestr. 29/30, verschwunden. Ella Fischer führte, da ihre Mutter nicht mehr lebt, ihrem Vater die Wirtschaft, hatte diese aber in letzter Zeit vernachlässigt, da ihr Vater außerhalb Neuköllns arbeitete, und fürchtete eine Züchtigung. Wahrscheinlich aus diesem Grunde hat sie mit ihrem jüngeren Bruder die väterliche Wohnung verlassen. Zuletzt sind die beiden im „Lindentheater" in der Hermannstraße zu Neukölln gesehen worden.

Der falsche Schusterjunge. Eines raffinierten Gaunertricks bediente sich ein Bursche, der in Charlottenburg sein Wesen treibt. Er erscheint mit einem Beutel, wie ihn die Schuhmacher zur Ablieferung von Schuhzeug zu benutzen pflegen, bei Portierleuten und fragt diese nach einem Mieter, an den er ein paar reparierte Stiefel abzuliefern habe. Nach kurzer Zeit erscheint er wieder und teilt mit, die Dame habe augenblicklich kein kleines Geld und bitte daher den Portier, den Betrag zu verauslagen. Da der Bursche diesmal den Beutel zusammengefaltet unter dem Arm hält, so nimmt der Portier keinen Anstand, ihm den Betrag, gewöhnlich drei bis fünf Mark, zu verauslagen. Er muß dann sehr bald erfahren, daß er das Opfer eines Schwindlers geworden war.

Zirkus Busch. Wie überaus beliebt im Zirkus Busch die Pantomime „Die Geierprinzessin" ist, zeigt, daß sie am 9. Januar ihre 100. Aufführung erlebt.

Aus den Gemeinden.

Die Lichtenberger Hausbesitzer gegen den Mietsnachlaß. Die drei Lichtenberger Grundbesitzervereine haben gemeinsam an den Magistrat eine Eingabe gerichtet, in der sie ersuchen, die Gewährung einer Mietsbeihilfe künftig nicht mehr von einer Ermäßigung oder Stundung der Miete abhängig zu machen. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß der städtische Hausbesitz durch die lange Dauer des Krieges ungewöhnlich empfindlich getroffen wird und jetzt in eine Notlage geraten ist, die ihm einen Mietsnachlaß vollkommen unmöglich macht. Dazu komme, daß vielfach auch solche Mieter Mietszuschuß und damit Ermäßigung erlangen, die sich nicht in einer bedrängten Lage befinden. In der Eingabe wird weiter betont, daß eine Erhöhung der Mietsbeihilfe dringend erforderlich sei. Der geringste Zuschuß müsse auf mindestens 75 Proz. bemessen werden. Ferner wird die Gewährung von Mietsbeihilfen auch bei Mietspreisen bis zu 60 M. monatlich für notwendig erachtet. Schließlich bitten die Hausbesitzer, die Bewilligung eines städtischen Mietszuschusses nicht davon abhängig zu machen, daß die Hauseigentümer eine Ermäßigung des Mietspreises oder eine Stundung der Rückstände eintreten lassen. — **Diese Eingabe ist dem Ausschuß zur Kriegsfürsorge für den städtischen Grundbesitz überwiesen worden.**

Neue Ausgabestellen der Volksspeisung in Charlottenburg. Montag, den 15. Januar, werden in Charlottenburg drei weitere Ausgabestellen der allgemeinen Speisung eröffnet und zwar Spreestraße 11, Pestalozzistr. 50 und Lutherstr. 15. Diese Ausgabestellen sind geöffnet: Spreestr. 11 von 12—4 Uhr nachmittags und die beiden anderen von 11—2 Uhr vormittags und von 6—7 Uhr abends. Anmeldungen für Montag, den 15. Januar, werden bereits am 12. Januar und für Dienstag, den 16. Januar, bereits am 13. Januar zwischen 11 und 2 Uhr und für die neue Ausgabestelle Spreestr. 11 zwischen 12 und 4 Uhr entgegengenommen. Bei der Anmeldung sind die Fleisch- und Kartoffelkarten sowie die Charlottenburger Lebensmittelkarte oder eine polizeiliche Anmeldung vorzulegen.

Eierabgabe an Kranke in Charlottenburg. Wie der Charlottenburger Magistrat mitteilt, werden Eier dort nur an diejenigen Kranken abgegeben, die von der Krankenversorgungsabteilung Karten zum Bezuge von Eiern bewilligt erhalten haben. Nur diese Kranken können gegen Abtrennung des jeweils gültigen Bezugskartenabschnittes Eier entnehmen.

Die Sparkasse der Stadt Neukölln hat für das Geschäftsjahr 191 eine außerordentlich günstige Entwicklung aufzuweisen. Während das Jahr 1915 mit einem Spareinlagenbestand von 35 045 671,98 M. abschloß, hat sich dieser im Jahre 1916 auf 39 633 711,43 M. erhöht. Es ist hiernach ein Zuwachs von 4 588 039,45 M. zu verzeichnen. Eingezahlt wurden an Sparbeträgen im Jahre 1916 20 382 364,26 M., zurückgezahlt 17 074 461,70 M. Die den Sparern gutgeschriebenen Zinsen erreichen die Höhe von 1 285 136,89 M. Auf Grund der im Jahre 1916 erfolgten beiden Zeichnungen auf die vierte und fünfte Reichskriegsanleihe sind von den Spareinlagen abgeschrieben worden 3 492 651,60 M., die in der Gesamtsumme der Rückzahlung von rund 17 000 000 M. enthalten sind. Auch der Kreis der Sparer hat eine erfreuliche Zunahme erfahren. Es wurden insgesamt 12 866 neue Sparbücher ausgefertigt, während nur 5145 Sparguthaben zur Auflösung gekommen sind. Der Zuwachs beträgt mithin 7721.

Speisesyrupverkauf in Neukölln. Von Donnerstag, den 11. Januar, ab darf in den durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften auf Abschnitt S der Haushaltungskarte Speisesyrup entnommen werden. Für jede Person des Haushalts wird ¼ Pfund zum Preise von 9 Pf. verabfolgt. Der Preis für das ganze Pfund beträgt 85 Pf.

Zur Speiseverordnung für Pankow. Zu der vom Landrat des Kreises Niederbarnim erlassenen Verordnung über die Abgabe von zubereiteten Kartoffeln in Schank- und Speisewirtschaften hat der Gemeindevorstand ergänzende Bestimmungen erlassen. Danach bleiben die von der Gemeinde ausgegebenen Kartoffelkarten mit den sieben Wochenmarken vorläufig bestehen. Da die am Ort gültigen Kartoffelkarten zurzeit in Berlin nicht anerkannt werden, so erhalten Einwohner, die ihre Speisen in Berliner Gastwirtschaften entnehmen müssen, auf Wunsch Reisebrotmarken gegen Rückgabe der Brotkarten in der Brotkommission ausgehändigt.

Kartoffelknappheit in Steglitz. Auch in Steglitz ist die Kartoffelknappheit in letzter Zeit immer fühlbarer geworden, da die Lieferungsverbände seit der Woche vor Weihnachten bis jetzt nur vier Waggons Kartoffeln geschickt haben. Alle Beschwerden und Bemühungen der Gemeindeverwaltung bei den zuständigen Stellen sind vollkommen unbeachtet geblieben. Wie der Schöffe Jochem jetzt mitteilt, dürfte diese Knappheit bald behoben sein, da die Gemeinden bereits Vorräte aus den von ihr errichteten Mieten entnommen hat und auch Lieferungen von auswärts wieder eintreffen.

Lebensmittelnachrichten aus Weißensee. Der Gemeindevorstand macht bekannt, daß in dieser Woche für Schwerarbeiter auf Zusatzkarten zwei Pfund Kartoffeln entnommen werden können. Auf Abschnitt 8 der Eierkarten wird in der Verkaufsstelle Berliner Allee 89 je ein Ei zum Preise von 32 Pf. verabfolgt. Außerdem wird gebrauchsfertig gemischter Kaffee zum Preise von 90 Pf. für das halbe Pfund abgegeben. In der Verkaufsstelle Pistoriusstr. 24 gelangen Fischwaren zum Verkauf.

Die Gemeindevertreterwahl in Britz, die am Sonntag, den 7. Januar, stattfand, zeitigte noch kein endgültiges Resultat, aus Gründen, die wir bereits mitteilten. Es erhielten die Genossen Witte 52 Stimmen und Butenschön 51. Die Gegenkandidaten 83 und 82 Stimmen. Die Wahlbeteiligung war diesmal etwas reger. Entgegen der verbreiteten Behauptung kann festgestellt werden, daß keine bürgerliche Stimme für die von der Parteiorganisation aufgestellten Kandidaten abgegeben wurde.

Vergebung von Ackerland in Köpenick. Die der städtischen Felddeputation zur Bewirtschaftung mit Feldfrüchten überlassenen Ländereien sollen auch in diesem Jahre den vorjährigen Gestellern zur Verfügung gestellt werden. Derartige Anträge und Meldungen von Neubewerbern werden jeden Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, vormittags von 10—12 Uhr, im Rathause, Zimmer 23, entgegengenommen.

Soziales.

Lazarettpflege Kriegsbeschädigter und Reichsversicherungsamt.

Zwei Revisionsurteile des Reichsversicherungsamts aus letzter Zeit fordern wiederum zur Kritik heraus. In der einen Entscheidung dreht es sich um die Frage, ob bei Lazarettbehandlung Arbeitsunfähigkeit im Sinne der reichsgesetzlichen Krankenversicherung anzunehmen ist. Das Reichsversicherungsamt hat die Frage verneint.

Es handelt sich um einen wegen Dienstunbrauchbarkeit aus den Heeresdiensten Entlassenen, bei dem die Militärbehörde nach der Entlassung eine Heilkur in einem Lazarett durchgeführt hatte. Für die Zeit der Heilbehandlung im Lazarett begehrte der Behandelte von seiner Krankenkasse das satzungsmäßige Krankengeld. Die Kasse lehnte den Anspruch ab, Versicherungsamt und Oberversicherungsamt verurteilten die Kasse zur Zahlung.

Auf die von der Kasse eingelegte Revision verwies das Reichsversicherungsamt die Sache an das Oberversicherungsamt zurück.

Zur Begründung sagt es: Die Annahme des Oberversicherungsamts, daß der Kläger bei seiner Aufnahme in das Lazarett als krank und arbeitsunfähig im Sinne der Reichsversicherungsordnung anzusehen sei, als auch daß dieser Zustand während des ganzen Aufenthalts im Lazarett bestanden habe, entbehrt einer ausreichenden Begründung . . . Es sei davon auszugehen, daß Arbeitsunfähigkeit im Sinne des § 182 Nr. 2 R.-V.-O. als vorliegend zu erachten sei, wenn der Erkrankte seine Berufsarbeit nicht mehr zu verrichten oder doch nur unter der Gefahr der Verschlimmerung der Krankheit fortzusetzen vermag . . . Zu ihrer Feststellung hätte es der Prüfung bedurft, ob die Krankheit des Klägers zur Zeit der Aufnahme in das Lazarett in einem solchen Maße bestand, daß sie ein Heilverfahren erforderte und die Lazarettbehandlung notwendig machte. Es wäre dann weiter zu prüfen gewesen, ob dieser Krankheitszustand während der ganzen Dauer der Lazarettbehandlung in einer Weise fortbestanden hat, die die Arbeitsunfähigkeit des Klägers begründete.

Im zweiten Fall handelt es sich um einen Kriegsbeschädigten, der über 26 Wochen hinaus in Lazarettbehandlung war und Antrag auf Gewährung der Krankenrente gestellt hatte. Sein Anspruch wurde vom Oberversicherungsamt anerkannt. Diese Entscheidung wurde vom Reichsversicherungsamt glatt aufgehoben. Es führt aus: Die Erwägung des Oberversicherungsamts, daß Erwerbsunfähigkeit im Sinne der Invalidenversicherung bei Lazarettpfleglingen schon deswegen angenommen werden müsse, weil sie nicht in der Lage seien, sich erwerblich zu betätigen, gehe fehl. Bei folgerichtiger Durchführung dieses Gedankens müßte man dazu kommen, jedem Versicherten, solange er zum Heeresdienst eingezogen ist, die Invalidenrente zu gewähren (?!). Da ein Arzt bescheinigt hatte, daß nach Ablauf der 26. Woche nur noch eine Erwerbsbeschränkung von etwa 50 Proz. bestanden habe, nahm das Reichsversicherungsamt an, Invalidität habe nicht mehr vorgelegen.

Statt aller weiteren rechtlichen Ausführungen wollen wir hierhersetzen, was das sächsische Oberverwaltungsgericht in einem denselben Rechtsstoff behandelnden Urteil vom 19. September 1908 (Reger, Entsch. 29 S. 409) sagt:

„Ob der Gesundheitszustand der Versicherten unter allen Umständen Erwerbsunfähigkeit bedingt haben würde, kann unerörtert bleiben. Jedenfalls war bei ihr die Ausübung irgendwelcher Erwerbstätigkeit während ihres Kuraufenthalt in Bad Elster ausgeschlossen. Das dort eingeleitete Heilverfahren erforderte Einstellung jeder Arbeit. Deshalb stand der hiernach Erwerbsunfähigen während dessen Dauer gegen die beklagte Kasse ein Anspruch auf Krankengeld zu, ohne daß es darauf ankommt, in welchem Grade dieselbe vor Beginn der Kur etwa erwerbsfähig war."

Und auch eine frühere Revisionsentscheidung des Reichsversicherungsamts selbst (Amtl. Nachr. 1910 S. 503 Ziffer 1477) stellt den Grundsatz auf: „Erwerbsunfähigkeit im Sinne der Invalidenversicherung liegt auch dann vor, wenn ein Versicherter, dessen Erwerbsfähigkeit noch nicht auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist, doch infolge Durchführung eines zur Abwehr drohender Invalidität von ihm eingeleiteten geeigneten Heilverfahrens nicht in der Lage ist, das für ihn in Betracht kommende Lohndrittel zu verdienen."

Als „grundsätzliche" sind die beiden Entscheidungen des Reichsversicherungsamts nicht bezeichnet. Das wird aber nicht hindern, daß ihre Rechtsausführungen weitgiebigst von den Versicherungsträgern angewandt werden. Der leidende Teil dabei sind die Versicherten. Da können wir nur ganz dringend wünschen, daß die vorstehend gewürdigten Entscheidungen bald einer „grundsätzlich" sozialeren Rechtsanwendung durch das Reichsversicherungsamt weichen.

Erfolge der Reichswochenhilfe.

In verschiedenen Städten ist die erfreuliche Beobachtung gemacht worden, daß die Säuglingssterblichkeit sich erheblich vermindert hat. In einer Versammlung der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene wurde darauf hingewiesen, daß dies der Reichswochenhilfe zu danken sei. In Mannheim z. B. stillen jetzt 85 Proz. der Mütter die Neugeborenen, in Karlsruhe wurden ähnliche Beobachtungen gemacht. Die Versammlung nahm, wie die „Sozialhygienischen Mitteilungen" berichten, den Antrag an: „Der Große Ausschuß der Badischen Gesellschaft für soziale Hygiene beauftragt den Arbeitsausschuß, beim Ministerium des Innern und beim Reichstage dahin zu wirken, daß die Reichswochenhilfe auch nach dem Kriege erhalten bleibt." Warum wir mit diesem Antrage einverstanden sind, brauchen wir nicht besonders hervorzuheben. Ausgedehntester Wöchnerinnenschutz ist von uns seit jeher gefordert worden. Jetzt wo der Krieg jedes Menschenleben dreifach wertvoll macht, ist Aussicht vorhanden, daß der Ruf Gehör findet. Jede Stimme, die ihn verstärkt, ist uns dabei willkommen, um so mehr, wenn sie von so sachverständiger Seite kommt, wie es hier der Fall ist.

Aus aller Welt.

Leichenfund in der Dresdener Heide. Am Sonnabendvormittag wurde in der Dresdener Heide die 28jährige frühere Pflegerin Alma Krille ermordet aufgefunden. Als Täter kommt ein fahnenflüchtiger Soldat namens Paul Roßly aus Sahda in Frage. Auf die Festnahme des Täters ist eine Belohnung von 800 M. ausgesetzt.

Waldheimstätten für Säuglinge hat der Bund für freiwilligen Vaterlandsdienst in Vorschlag gebracht. Nach dem Beispiel der Waldschulen werden sie Kinder im zartesten Alter aufnehmen. Die erste Waldheimstätte soll den Kindern von Kriegern vorbehalten bleiben, und zwar ohne Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen.

Erdstöße in Ligurien. Bern, 8. Januar. Nach „Corriere della Sera" fanden gestern in Ligurien zwei sehr starke Erdstöße statt. Unter der ins Freie flüchtenden Bevölkerung brach eine gewaltige Panik aus; Schaden wurde nicht angerichtet.

Parteiveranstaltungen.

Charlottenburg. Mittwoch, 10. Januar, abends Punkt 8½ Uhr, im Volkshause, Vorderhaus eine Treppe links: Gemeinschaftlicher Zahlabend. Das Lokal ist gut geheizt. Wegen wichtiger Tagesordnung muß alles erscheinen. Insbesondere sind die Frauen eingeladen, die über eine wichtige Angelegenheit zu beschließen haben.
Der Vorstand. J. A.: J. Schneider.

Sozialdemokratischer Ortsverein Steglitz. Mittwoch, 10. Januar, abends pünktlich 8 Uhr, bei Clément, Düppelstr. 7: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Die Lebensmittelversorgung in Steglitz. 2. Rechnungslegung des Kassierers. 3. Wahl von Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 4. Verschiedenes. — Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Treptow-Baumschulenweg. Mittwoch, 10. Januar, abends 8½ Uhr, im Lokal von B. Erbe, Baumschulenweg, Baumschulenstr. 14: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. „Die Aufgaben der Sozialdemokratie nach dem Kriege." Referent Genosse M. Groger. 2. Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung und Wahl von Delegierten. 3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder. — Beiträge werden entgegengenommen! Mitgliedsbuch legitimiert! — Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand. J. A.: Paul Nagel. Wilhelm Lemm.

Reinickendorf-Ost. Mittwoch, 10. Januar, abends 8 Uhr (pünktlich, wegen verkürzter Polizeistunde!): Gemeinsamer Zahlabend bei Sadau, Residenzstr. 124: Vortrag des Genossen Stadthagen über „Das Hilfsdienstgesetz".

Jugendveranstaltungen.

Neukölln-Brix-Buckow. Mittwoch, 10. Januar: Baden im Stadtbad; Sonntag, 14. Januar: Wanderfahrt nach Frohnau, Bergfelde, Summt, Briese, Birkenwerder. Fahrgeld 70 Pf. Treffpunkt 8 Uhr Ringbahnhof Neukölln.

Zentralwahlverein Teltow-Beeskow-Charlottenburg. Ortsverein Schöneberg. Mittwoch, den 10. Januar 1917, abends pünktlich 8½ Uhr, in den Neuen Ratshausälen, Meininger Straße 8 (Rathaus): Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung lautet: 1. Friedensaussichten. Referent Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom letzten Quartal. 4. Verschiedenes.

Petershagen-Fredersdorf. Zahlabend: Mittwoch, 10. Januar, bei Kirchner. Sehr wichtige Tagesordnung! Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
Der Vorstand.

Friedrichshagen. Mittwoch, 10. Januar, abends 8½ Uhr, findet bei Wwe. Lerche eine Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht: Neuwahlen des Kassierers und Schriftführers. Da um 10 Uhr das Lokal geschlossen wird, werden die Mitglieder ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Eingegangene Druckschriften.

Berta von Suttner: Der Kampf um die Vermeidung des Weltkrieges. Randglossen aus zwei Jahrzehnten zu den Zeitereignissen vor der Katastrophe (1892—1900 und 1907—1914). Herausgegeben von Dr. Alfred H. Fried. 2 Bde. Bd. 1: Von der Caprivischen Heeresvermehrung bis zum Transvaalkrieg. XX und 628 S. Bd. 2: Von der zweiten Haager Konferenz bis zum Ausbruch des Weltkrieges. XVI und 630 S. Preis beide Bände in Umschlag 16 M., in Leinen geb. 20 M. Verlag: Art. Institut Orell Füßli, Zürich.

Der Landvogt von Greifensee. Von Gottfried Keller. Pr. 1 M. Verlag: Rascher u. Co., Zürich.

Demokratie und Krieg in Frankreich. Von Hans Morz in Paris. Geh. 3 M. Verlag: Rascher u. Co., Zürich.

Der Rumäne Marcel Vibiri-Sturia über Deutschlands Arbeit in Rumänien. Von H. Diel. Pr. 1,20 M. — **Unser deutsches Alpenkorps in Tirol.** Von A. Reich. Pr. 4,60 M. Verlag Jos. C. Huber, Diessen vor München.

Die handelspolitische Zukunft Deutschlands. Von Dr. K. Zaktrow. Pr. 1,20 M. — **Amerikanische Menschlichkeit im Lichte des diplomatischen Notenwechsels.** Von J. B. Butz. Pr. 1,50 M. C. v. Schwetschke u. Sohn, Berlin W. 57.

Die englische Gefahr. Von Prof. Dr. H. Leo. Preis 1 M. Verlag Karl Curtius, Berlin W. 35.

Der Pflichtteil des Reiches. Ein Vorschlag zu prakt. Bevölkerungspolitik. Von Dr. Kuczynski und Dr. Mansfeld. Pr. 1,40 M. Verlag Julius Springer, Berlin W. 9.

Die Umschau. Wochenschrift über die Fortschritte in Wissenschaft und Technik. Heft 1. Einzelnummer 40 Pf. Verlag der Umschau, Frankfurt a. M./Niederrad.

Entente und Neutralität. Von Veit Valentin. Pr. kart. 1,50 M. Verlag S. Hirzel, Leipzig.

Deutsche Revue. Herausgegeben von Richard Fleischer. Januarheft. Pr. vierteljährl. 6 M. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

H. 607. Derartige Firmen vermögen wir leider nicht nachzuweisen. Vielleicht können Sie aber Auskunft erhalten im Bureau der Handlungsgehilfen, Münzstr. 20 II, oder der Bureauangestellten, Dircksenstr. 4 I. — **A. N. 1.** Balmitis = Eichelentzündung. — **Friedrichsfelde 22.** Vorsitzender des Vereins ist: G. Jacob, Berlin NW, Emdener Str. 45. — **A. K. 17.** Die Ansprüche, die in diesem Falle an den Bewerber gestellt werden, sind nicht in jedem Falle dieselben. Im allgemeinen dürfte kaufmännische Vorbildung genügen. Wir möchten Ihnen die städtische Wahl-Fortbildungsschule, kaufmännische Bildungsanstalt für Mädchen, Alte Jakobstraße 127, empfehlen. — **K. M. 66.** Dazu ist fachmännische Kenntnis und Uebung erforderlich, müßten sich also an einen Fachmann wenden. — **O. K. 7.** 1. Sie kann dazu nicht gezwungen werden. 2. Dazu ist er nicht berechtigt. Wenn er das nicht unterläßt, müßte sich die Betreffende an das Vormundschaftsgericht mit einer Beschwerde wenden. 3. Sie kann auch dazu nicht gezwungen werden. — **H. H. 49.** 1. Erfolgt Rückgabe des Kordes nach Aufforderung durch eingeschriebenen Brief nicht, so müßten Sie auf Herausgabe Ihres Eigentums klagen. 2. Nein. — **S. B. 21.** 1. Es besteht kein Rechtsanspruch auf diese Löhnung, sie kann gewährt werden. Ein erneuter Antrag oder eine Beschwerde ist aussichtslos. 2. Ja. — **St. F.** Der Antrag auf Gewährung der Altersrente ist beim Versicherungsamt für den Kreis Niederbarnim in Berlin, Friedrich-Karl-Ufer 5, unter Vorlegung der Aufrechnungsbescheinigungen, der letzten Quittungskarte und der Geburtsurkunde einzureichen. Es müssen 1200 Marken nachgewiesen werden. — **P. M. 77.** Das ist zulässig. — **M. W. 100.** Wenn Sie etwa schon seit Oktober die Wohnung bewohnen, so dürfte angenommen werden, daß Sie diesen Zustand schuldhaft herbeigeführt haben; der Wirt ist daher zur Beseitigung des Mißstandes nicht verpflichtet. — **Alter Abonnent 36.** 1. Sie müßten Stundung der Kosten beantragen. 2. und 3. Abfindung kann nur unter Zustimmung des Vormundes und des Vormundschaftsgerichts erfolgen. Die angebotene Summe ist übrigens viel zu niedrig. — **A. P. Nr. 9.** Der Lehrling hat darauf Anspruch. — **Gertrud 42.** Wenden Sie sich in Ihrer Angelegenheit an den Gemeindearbeiter-Verband, Engeufer 14/15. — **W. K. 100.** Zeitig untauglich wegen Lungenkrankheit. — **F. H. 98.** Wenn Ihr Sohn aktiv dient oder nach Beendigung der aktiven Dienstzeit noch nicht zur Ersatzreserve überführt worden ist, muß er die Genehmigung des Regimentskommandeurs haben. — **K. B.** Nein. — **B. P.** 1. und 2. Sie müssen Ihre Ansprüche bei der Bahnverwaltung des Aufgabeortes geltend machen. 3. Berlin, Engeufer 18, III. 4. Siehe Adreßbuch 2. Band, Teil 2, Seite 224, Bund des Vereins für naturgemäße Lebensweise und Heilweise usw. 5. Werktäglich von 10—6 Uhr und Sonntags von 12—3 Uhr. — **F. 288.** Sie müßten Anspruch auf Krankengeld bis zum 14. Dezember haben. Wegen Verweigerung der Leistungen müßten Sie Beschwerde beim Versicherungsamt für den Kreis Teltow in Berlin, Viktoriastr. 17/18, erheben.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Langsame Erwärmung, vorwiegend trübe und östlich der Oder meist geringe, im Westen etwas stärkere Schnee- und Regenfälle, dazwischen zeitweise aufklarend.

Mittwoch, den 10. Januar d. J., treten in den Abfahrtszeiten der Schnell- und Personenzüge von Berlin Anhalter Bhf. folgende Aenderungen ein:

Zug		Richtung		
D 6	nach	Frankfurt (Main)	7[50]	vorm.
D 22	„	München über Leipzig-Hof	7[00]	„
D 20	„	Frankfurt (Main)	9[01]	„
D 40	„	„ „	10[20]	„
D 42	„	„ „	1[17]	nachm
806	„	„ „	1[20]	„
832	„	Halle (Saale)	4[00]	„
D 164	„	Plauen i. Vogtl. über Leipzig	6[23]	„
808	„	Erfurt	6[40]	„
D 208	„	Frankfurt (Main)	7[00]	„
D 204	„	„ „	7[00]	„
D 38	„	Stuttgart	7[50]	„
D 50	„	München über Weißenfels	8[00]	„
D 202	„	Frankfurt (Main)	8[40]	„
D 26	„	München über Leipzig-Hof	10[20]	„

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, Inh.: P. Golletz, Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 10 303

25 Jahre lang treue Kunden und in jeder Anerkennungen höchster Zufriedenheit sind das beste Zeugnis für unser garantiert unschädliche Alcolor-Haarfarbe echt und natürlich färbend. In allen Farbtönen erhältlich. Flasche 3 — M. Otto Reiche, Berlin 43, Elisenbahnstr. 4.

Haben Sie Fußbeschwerden? empfehle nach Maß passend gearbeitete Stützeinlagen sowie Bruchbandagen aller Art, Leibbinden, Stützkorsetts usw., Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege. Pollmann, Bandagist, Berlin N, Lothringer Str. 60, Lieferant für Krankenkassen.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung. 225/18* Sprechstunden 11—1 und 5—8

259/14 Aerztlich geleitete Heilanstalt für naturgemäße Heilweise; Licht- u. Elektro-Therapie, Homöopathie, Pflanzen- sowie Sauerstoff-Heilverfahren. Erfolgreiche, sachgemäße Behandlung frischer u. veralteter Krankheiten jeder Art! Innerer und äußerer, mögl. ohne Berufsstörung. Sprech- u. Behandlungszeit 9½—1 u. 4—7½. Sonntags und Feiertags 9—1 Uhr. Berlin SO 16, Brückenstr. 10b II am Jannowitz-Bahnhof.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt Mpl., 3014.

Nimm Gichto-Rheumin bei Gicht, Rheumatismus und Nervenschmerzen. Glänzend begutachtet und bewährt! In allen Apotheken erhältl. in Tabletten zu 2 Mk. und Salbe zur Massage zu 1,50 und 2,50 Mk. H. Wunderlich, Apoth., Gera-R. Witte's Apotheke, Askanische Apotheke, Löwen-Apotheke, Aesculap-Apotheke, Mohren-Apotheke.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Müller, Tempelhof. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.